

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

30. Sitzung vom 25. März 2013 von 19:00 Uhr bis 21.40 Uhr Casino Wohlen

Vorsitz: Marlis Spörri, Präsidentin

Protokollführung: Michelle Steinauer, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: 19.00 Uhr (bis Traktandum 5)

Mitglieder des Einwohnerrates: 37

Absolutes Mehr: 19 Zweidrittelsmehr: 25

(ab Traktandum 6)

Mitglieder des Einwohnerrates: 36

Absolutes Mehr: 19 Zweidrittelsmehr: 24

Gemeinderat

Walter Dubler, Gemeindeammann Matthias Jauslin, Vizeammann Bruno Breitschmid, Gemeinderat Ruedi Donat, Gemeinderat Urs Kuhn, Gemeinderat Paul Huwiler, Gemeinderat Arsène Perroud, Gemeinderat

Weitere Anwesende

Christoph Weibel, Gemeindeschreiber Franco Corsiglia, Präsident Schulpflege Rolf Stadler, Präsident Schulleiterkonferenz

Entschuldigungen

Hans-Ruedi Meyer

Otto Erb Eric Lütolf

Gallati Jean-Pierre (bis zum Traktandum 5 anwesend)

Traktanden:

- 1. Eingänge und Mitteilungen
- 2. Inpflichtnahme Alex Stirnemann, SP
- 3. Kenntnisnahme Jahresbericht 2011/2012 der Schule Wohlen (12114) mit Ergänzungsbericht
- 4. Bericht und Antrag 12079 Kompetenz zur Tarifgestaltung der IB Wohlen AG vom 2. April 2008
- 5. Antwort zur Anfrage 12043 betreffend Verschleppung der überwiesenen Motion 11094 (Tarifgestaltung der IB Wohlen AG)
- 6. Bericht und Antrag 12116 Ersatzbeschaffung Personentransportfahrzeug (PTF 2) für die Stützpunktfeuerwehr Wohlen
- 7. Bericht und Antrag 12118 Stellenausbau Betreibungsamt
- 8. Bericht und Antrag 12117 Genehmigung des Kaufvertrages zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und Harry und Asta Loidl-Klingenspohr, Sarmenstorf AG, betreffend Parzelle Nr. 4940 mit einer Fläche von 650 m2 am Gewerbering zum Preis von CHF 350.00 / m2, total CHF 227′500.00

Spörri Marlis, Präsidentin:

0.011.5

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 25. Februar 2013 zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 12118 Stellenausbau Betreibungsamt
- Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 15. Oktober 2012
- Einladung zur Einwohnerratssitzung vom 25. März 2013
- Programm "music School week"
- Kurzkommentar zur Jahresrechnung 2012 der Einwohnergemeinde Wohlen

Rücktritte:

<u>Spörri Marlis, Präsidentin:</u> Verliest die Rücktrittsschreiben von Einwohnerrat Ahmet Yildirim und von Finanzkommissionsmitglied Rahel Abt.

Mitteilungen:

<u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Der Bericht zum Postulat, betreffend Reglement zum Ausgleich von dem Planungsmehrwehrt bei Ein- und Umzonungen, wurde am 24. September 2012 verabschiedet. Das Geschäft war bereits zu einem früheren Zeitpunkt traktandiert. Anlässlich der entsprechenden Sitzung der Geschäftsprüfungskommission hat diese eine Verschiebung bis nach der Abstimmung über das neue Raumplanungsgesetz vom März 2013 gewünscht.

Der Gemeinderat hat nun eine Lagebeurteilung vorgenommen und kam nachfolgend zu zwei Varianten:

- a) Festhalten am Beschluss, das heisst, es gäbe keine Einführung von einem kommunalen Reglement.
- b) Wiedererwägung des Beschluss des Gemeinderates vom 24. September 2012, welcher aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen, betreffend den Volksentscheid, betreffend der Revision des Raumplanungsgesetzes, getroffen wurde.

Zum neuen Raumplanungsgesetz haben nicht nur das Schweizer Volk, sondern auch das Aargauer Volk und die Wohler Bevölkerung deutlich zugestimmt. In Wohlen betrug der Ja-Stimmen Anteil 67.6%.

Der Gemeinderat fasste heute folgende Beschlüsse:

- 1. Der Gemeinderat beschliesst die aufgezeigte Variante B die Wiedererwägung.
- 2. Der Gemeinderat zieht der Bericht und Antrag 12103 zurück.
- 3. Der Gemeinderat informiert die GPK und den Einwohnerrat an der Sitzung vom 25. März 2013 über diesen Beschluss.
- 4. Die Abteilung Planung, Bau und Umwelt wird beauftragt den Bericht und Antrag vorzubereiten, welcher die Umsetzung des Postulates 12034 zum Ziel hat.

<u>Lehmann Sandra, GLP:</u> Ich informiere Sie darüber, dass wir am 6. März 2013 die Grünliberale Partei Wohlen gegründet haben. Mit diesem Schritt ist die Grünliberale Partei auch in Wohlen lokal vertreten. Die genannte Partei ersetzt die Gruppierung Freis Wohlen. Als offizielle Partei sind wir jetzt keine Gruppierung mehr und haben entsprechende Strukturen. Als Parteipräsidentin werde ich amten, als Fraktionschef wurde Alain Thiébaud ernannt.

Spörri Marlis, Präsidentin: Liest das Amtsgelübde vor.

Alex Stirnemann, SP, leistet für den Rest der Amtsperiode 2010/2013 das Amtsgelübde gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates und ist somit als Nachfolger von Arsène Perroud in Pflicht genommen.

<u>Wille Franz, Vizepräsident GPK:</u> Der Jahresbericht 2011/2012 der Schule Wohlen ist für die breite Öffentlichkeit bestimmt. Dazu gehören auch die Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern. Er wird mit dem Ende des Schuljahres abgeschlossen. Er ist ein informatives Dokument und wird nach der Besprechung im Einwohnerrat archiviert. Der Zusatzbericht dient der Aktualisierung. Er umfasst etwa den Rest des Kalenderjahres und gibt einen Blick in die nähere Zukunft. Beide Berichte konnten dieses Jahr koordiniert und rechtzeitig von der GPK besprochen werden. Das ist erfreulich.

Gesamteindruck

Vorab ist festzustellen, dass die beiden Berichte erschöpfend Auskunft geben, sowohl über das vergangene Schuljahr, als auch über die aktuelle Entwicklung und über die Bedürfnisse und Entwicklungen in der Zukunft. Im Sinne der Konstanz sollte die gewählte Form in den nächsten Jahren beibehalten werden.

Es kann nicht Aufgabe des GPK-Sprechers sein, die Berichte nochmals zusammenzufassen. Ich werde nur zu wenigen Punkten zusätzliches sagen und darüber informieren, welche Probleme und Fragen in der GPK zusätzlich angesprochen wurden.

Seite 4 ff. Lehrpersonen

Fast 350 Lehrpersonen arbeiten an der Schule Wohlen. Zusammen mit den fast 2200 Schülerinnen und Schülern aus 45 Nationen haben wir es nicht mehr mit einem KMU zu tun. Der Betrieb Schule Wohlen ist ein Grossbetrieb und benötigt entsprechende Führungsstrukturen und Kenntnisse. Die Zahl der Lehrpersonen nimmt zu, weil immer weniger bereit sind, 100%-Pensen zu übernehmen.

Seite 14 Finanzen resp. Schulbudget

Das sogenannte Pauschalbudget, bezogen auf einen Teil des Schulbudgets, ist Geschichte. Der Wunsch der Schule nach einem echten Globalbudget kann nach Meinung der GPK noch nicht erfüllt werden. Dazu wären umfangreiche Vorarbeiten nötig, ausserdem ist die Implementierung des HRM2 Rechnungsmodells vordringlich.

Seite 33 Abschlussprüfungen

Im Kantonsvergleich schneidet die Bezirksschule Wohlen sehr gut ab. Sie geniesst einen guten Ruf und ist für die umliegenden Gemeinden attraktiv. Die ausgewiesene Durchfallquote von 5-8% ist normal.

Seite 35 Pilotschule für Professionsentwicklung

Es ist erfreulich, dass die Schule Wohlen mithilft, in Partnerschaft mit der Pädagogischen Hochschule der Nordwestschweiz Lehrpersonen für die Oberstufe auszubilden. Die Ressourcen, die dafür nötig sind, werden von der Hochschule zur Verfügung gestellt. Das Budget von Wohlen wird damit nicht belastet.

Seite 41 Heilpädagogische Schule HPS

Neuerdings werden einzelne HPS nicht mehr durch die Gemeinden sondern durch private Trägerschaften geführt, z.B. neu die HPS von Aarau durch die Stiftung Schürmatt. Das ist für die Schule Wohlen kein Thema. Die HPS ist und bleibt ein wichtiger Teil der Schule Wohlen.

Seite 48 Schneesportlager

Auch die dieses Jahr durchgeführten Lager erfreuten sich grosser Nachfrage. Die Freiwilligenarbeit durch Leiterinnen und Leiter ist in diesem Bereich enorm.

Seite 51 ff. Liste der austretenden Schülerinnen und Schüler

Analysiert man die Namen und Heimatorte der Austretenden nach Schultypen, stellt man frappante Unterschiede fest. An der Realschule haben nur 31% ein Schweizerbürgerrecht, 69% sind Ausländer. An der Sekundarschule sind es umgekehrt 67% Schweizer und 33% Ausländer. An der Bezirksschule sind es sogar 85% Schweizer und nur 15% Ausländer. Die Bezirksschule hat auch den grössten Anteil an eingebürgerten, also gut integrierten Schülerinnen und Schüler. Daraus könnten nun verschiedene Schlüsse gezogen werden. Ganz offensichtlich haben wir es mit einem soziologischen Phänomen zu tun, nicht mit einem intellektuellen. Und die Wohler Schule tut gut daran, die problematischen Klassen nicht bis zum erlaubten Maximum aufzufüllen.

Tabelle Seite 62 Herkunft der auswärtigen Schülerinnen und Schüler

Die Tabelle enthält einen Fehler. Wenn man in den Kolonnen Sek. und Real die Zahlen von Bremgarten und Bünzen um eine Zeile hinunter nach Bünzen und Büttikon verschiebt, stimmen die Zahlen hinten im Total wieder.

Thema Schulraumplanung in beiden Berichten

Die Schule Wohlen stösst an ihre Kapazitätsgrenzen was den Schulraum betrifft. Die Gründe sind vielfältig und das Problem ist ausgewiesen. Ausserdem stehen umfangreiche Rennovationsarbeiten an, welche man sinnvollerweise mit der Kapazitätsfrage verknüpfen muss. Teure Provisorien sollten vermieden werden. Gespannt wartet man auch im Einwohnerrat auf die Schlüsse, die der Gemeinderat aus dem Bericht der Schulraumplanungskommission ziehen wird und die spätestens im nächsten Finanzplan erscheinen müssen.

Thema Informatik in beiden Berichten

Die GPK führte eine rege Diskussion darüber, ob als Lösung bei der Ersatzbeschaffung ein gestaffelter Ersatz oder Gesamtneuanschaffung sinnvoller ist. Beides hat Vor- und Nachteile. Unterschiedlich wird auch der Zeitpunkt der Neuanschaffung beurteilt. Die Diskussion führen wir weiter, wenn ein konkreter Antrag kommt.

Thema Integrative Schulung (IS) in beiden Berichten

Es wurde die Frage gestellt, ob für die IS schon konkrete Ergebnisse vorliegen. Da die IS noch nicht lange eingeführt ist, gibt es erst Teilergebnisse, die vorsichtig zuversichtlich stimmen. Ein Bericht über die Zwischenevaluation wird folgen. Für Langzeit-Erkenntnisse müssen aber noch einige Jahre abgewartet werden.

Thema Umsetzung "Stärkung der Volksschule Aargau" in beiden Berichten

Die Umsetzung, dabei besonders die Umstellung auf 6 Jahre Primarschule und 3 Jahre Oberstufe ist eine anspruchsvolle Aufgabe, insbesondere auch für die betroffenen Lehrpersonen. Die Schule Wohlen hat die nötigen Beschlüsse gefasst und erste Schritte eingeleitet, sie ist somit im Zeitplan und schafft Transparenz.

Die übrigen Themen und Teilbereiche wurden ohne Diskussionen und Fragen zur Kenntnis genommen und werden deshalb hier nicht separat erwähnt. Man werte dies als positives Zeichen.

Zum Schluss des Berichtes ist es mir ein Anliegen, allen Beteiligten und Mitwirkenden an der Schule Wohlen, den Behörden, den Leitungspersonen, den Lehrerinnen und Lehrern, dem Personal in der Schuladministration und im Gebäudeunterhalt sehr herzlich für ihren grossen Einsatz und ihre gute Arbeit zu danken. Dank verdient haben auch die fleissigen Schülerinnen und Schüler und auch die Steuerzahler und Stimmberechtigten für ihr Ver-

ständnis für die Belange der Schule. Wirken an der Schule und für die Schule, Lehren und Lernen mit den Schülerinnen und Schülern, das ist Arbeiten an der Zukunft unserer Gemeinschaft.

Fraktionsmeinungen

<u>Duschén Andrea, FDP:</u> Wir haben in der Fraktion den Schul- und Ergänzungsbericht eingehend diskutiert. Wir möchten einige Bemerkungen aber auch Fragen anbringen.

Uns ist klar, dass die Informatik unterhalten werden muss. Wir sind aber auch der Meinung, dass die PC-Stationen, welche viel gebraucht werden, früher ersetzt werden müssen, als diejenigen, welche nicht so oft im Einsatz stehen. Wir fragen uns, ob eine Etappierung aus finanzieller Hinsicht und in Anbetracht der Abnützung nicht sinnvoller wäre. Der Hinweis im Ergänzungsbericht, dass die Kosten aufgrund der Abnützung der Peripheriegeräte steigen, wie zum Beispiel von der Maus oder Tastatur, können wir nicht ganz ernst nehmen, weil ein Ersatz von diesen Geräten Kosten pro Gerät von ca. CHF 50.00 verursacht.

Zum Brennpunkt neuer Schulraum wird viel geschrieben und diskutiert. Wir haben es auch kürzlich wieder in der Zeitung gelesen. Eine Arbeitsgruppe hatte bereits Ende Oktober 2012 ein Bericht an den Gemeinderat abgegeben. Es ist uns bekannt, dass die Meinung des Gemeinderates und der Schulpflege weit auseinander liegen. Uns würde es aber interessieren bis wann wir einen Bericht des Gemeinderates erwarten können.

Eine weitere Frage betrifft die Stärkung der Volksschule Aarau. Auch in diesem Zusammenhang hätten wir gerne genaueres zum Stand der Dinge erfahren. Wie der Sprecher der GPK bereits vorhin erwähnte, wurden Beschlüsse gefasst und Entscheidungen getroffen. Wir würden jedoch gerne wissen, welche Beschlüsse und welche Entscheidungen beschlossen worden sind.

Weiter stellt sich die Frage, ob die Gemeinde Wohlen über genug Schulräume verfügt. Weiter interessiert uns, ob seitens der Lehrerschaft die Bereitschaft besteht die Stufe zu wechseln.

Wir möchten zum Schluss allen Verantwortlichen von der Schule Wohlen und allen Beteiligten für ihren Einsatz, welchen sie für unsere Jugend leisten, danken. Ebenso danken wir für die Erstellung des sehr ausführlichen Schul- und Ergänzungsberichts. Wir nehmen den Jahresbericht und Ergänzungsbericht zur Kenntnis.

Wüthrich Beat, Grüne: Als ich den Schuljahresbericht gelesen habe, ist mir aufgefallen, dass Wohlen eine tolle Schule hat. Es fanden viele Veranstaltungen und Aktionen statt, die weit über den normalen Unterricht herausgingen. Die einzelnen Schulhäuser präsentieren sich farbig und eigenständig. Sie zeigen ihre eigene spezielle Schulkultur. Trotz beschränkter Mittel leisten die Lehrpersonen einen grossen Einsatz. Dies bezieht sich auf die Finanzen und die Schulräume.

Das abgelaufene Jahr sei ein Jahr, der Konsolidierung gewesen. Das finden wir auch. Dies ist wichtig, nach all den Neuerungen, welche in den letzten Jahren eingeführt wurden. Es geht in einem hohen Tempo mit den Erneuerungen weiter. Die Umsetzung gestaltet sich schwierig. Die Einwohnerräte, welche am Informationsanlass der Schulpflege teilgenommen haben, konnten dies ebenso vernehmen.

Es zeigt sich auch weiterhin einen Lehrpersonenmangel ab. Wichtig ist es, dass für Lehrpersonen gute und attraktive Arbeitsbedingungen erarbeitet und angeboten werden können. Es wollen auch in Zukunft Lehrpersonen bei der Schule Wohlen beschäftigt werden.

Wir können den Wunsch der Schule nach einem Globalbudget mit Leistungsauftrag nachvollziehen, obschon dies mit gewissen Schwierigkeiten verbunden ist. Die Budgetierung gestaltet sich, aufgrund der Verschiebung von einem halben Jahr im Vergleich zum Kalenderjahr, als komplexer und schwieriger. Es benötigt mehr Flexibilität, damit auf Veränderung reagiert werden kann.

Die Schulraumplanung ist seit dem Herbst abgeschlossen. Leider kommen die Informationen zu diesem Thema nur spärlich. Wir sind der Meinung, dass es an der Zeit ist, die ganze Wahrheit bekannt zu geben, auch wenn es sich um unangenehme Fakten handelt.

Die Zeit drängt. Wir nehmen die zwei Berichte zur Kenntnis und danken den Verfassern sowie sämtlichen beteiligten Personen, welche zum Erfolg der Schule Wohlen beitragen.

<u>Gsell Barbara, EVP/GLP:</u> Schule ist ein grosses und wichtiges Thema. Vieles kommt auf uns zu und wird uns in näherer und fernerer Zukunft beschäftigen. Folgende Punkte möchten wir speziell erwähnen:

Wir sind gespannt auf die Resultate der Evaluation der Integrativen Schulung, welche im Schuljahr 2012/2013 durchgeführt wird.

Die Investitionen im Bereich der Informatik können unserer Meinung nach nicht aufgeschoben werden, denn dies führt über die Jahre hinweg, nur zu noch höheren Kosten. Leider haben die Geräte keine allzu lange Lebensdauer, vor allem unter der grossen Beanspruchung in der Schule.

Die grösste Herausforderung wird jedoch die Schulraumplanung. Es stellt sich die Frage, ob es uns möglich sein wird, Schulräume in genügender Quantität und Qualität zum richtigen Zeitpunkt und zu tragbaren Kosten zur Verfügung zu stellen. Hier wird sicher auch der Einwohnerrat gefordert sein.

Die Fraktion Grünliberale/EVP nimmt den Jahresbericht 2011/2012 der Schule Wohlen inkl. Ergänzungsbericht zur Kenntnis und dankt allen, die daran beteiligt waren.

Roeleven Corina, CVP: Mittlerweile werden wir Einwohnerräte sehr gut und ausführlich über die Schule Wohlen, ihre Herausforderungen, Aktivitäten und Entwicklungen informiert. Dies Dank Jahresbericht, Ergänzungsbericht und der einmal pro Jahr stattfindenden Informationsveranstaltung für Einwohnerräte. Unser Dank gilt nicht nur den Verfassern oder Referenten dieser Informationen sondern auch allen Lehrpersonen, Betreuenden, Schulleitern, Schulleitungssekretärinnen, den Hauswarten und den Mitgliedern der Schulpflege. Wir hoffen, dass sie noch lange motiviert sind, kleine und grosse Kinder sowie Jugendliche auf ihrem Weg der Entwicklung zu begleiten.

Ich möchte im Folgenden auf drei spezielle Punkte eingehen:

1. Herausforderungen: Die teilweise grossen Klassen und die grosse Heterogenität bestimmen den Schulalltag immer stärker. Im Bericht stehen Worte wie Verwahrlosung, Zusatzlektionen, deren Ressourcen der Entwicklung immer etwas hinterher hinken, Klassenassistenz, Früherziehung für knapp 10% der Kindergartenkinder, schwierige Schüler, Klassen mit bis zu 26 Schülern. Sie vermitteln uns nur annähernd einen Eindruck, wie solche Rahmenbedingungen die Lehrpersonen, nebst der Vermittlung des Schulstoffs, fordern und kaum mehr ohne zusätzliche Personen zu bewältigen sind. Wenn wir demnächst zum Vorgehen bei der Evaluation und später dann zu den Ergebnissen zur Schulsozialarbeit und integrativen Schulung Stellung nehmen, sollten

wir diese Themen im Hinterkopf behalten und uns der Tragweite unserer Entscheide bewusst sein.

2. **Schulraum:** Rolf Stadler macht im Bericht der Schulleitungskonferenz eine weise, vorausschauende Äusserung zur Schulraumplanung – ich zitiere:

"Es geht hier darum, die Wünsche mit dem für die Gemeinde Wohlen Machbaren zu vereinen."

Es ist offensichtlich, dass die Umstellung auf das System 6/3 die Notwendigkeit zusätzlicher Schulräume für die Primarschule mit sich bringt. Es ist auch nachvollziehbar, dass Gruppenräume im Gang nicht angenehm sind und keineswegs heutigen Standards entsprechen. Sanierungen in den Schulzentren stehen an und lassen sich nicht ständig hinauszögern. Wir hoffen, dass der Gemeinderat bald die Beratungen zum Bericht der Schulraumplanungs-Kommission abgeschlossen hat, denn die Zeit drängt.

3. **Finanzen:** Erstaunlich ist die Aussage im Jahresbericht, dass die Schule ohne Pauschalbudgetierung vermehrt mit Nachtragskrediten arbeiten muss. Zwar ist verständlich, dass die Schule mit der Abschaffung der Pauschalbudgetierung finanzielle Flexibilität verloren hat, aber diese Aussage darf so nicht gemacht werden. Das Budget dient als Richtlinie und sollte wohlüberlegt erstellt werden. Dass Unvorhergesehenes den Budgetrahmen im Einzelfall sprengen kann, ist möglich. Eine Budgetüberschreitung, wie sie mit dieser Aussage aber angedroht wird, darf auf keinen Fall so leichtfertig angekündigt werden.

Nach diesen eher kritischen Punkten möchte ich mit Positivem abschliessen, denn auch dies ergibt sich aus der Lektüre der Unterlagen: Es ist die Rede von Besuchswochen, Räbeliechtliumzug, Dienstjubiläen, Sporttag, Konzerten, Projektwochen kreativen oder sportlichen Inhalts, erfolgreicher Neubesetzung von freigewordenen Lehrerstellen – die Liste ist unvollständig und liesse sich noch um viele Stichworte mehr ergänzen. Sie zeigt klar auf, dass die Schule Wohlen eine wirklich gute Schule ist, sich den Entwicklungen der Zeit stellt, viele engagierte Lehrkräfte besitzt und immer wieder neue und kreative Ideen umsetzt.

Die Fraktion CVP nimmt die beiden Berichte zur Kenntnis und wünscht allen, die zum guten Funktionieren der Schule Wohlen beitragen, dass sie die Freude an ihrer Aufgabe nicht verlieren, immer wieder die Energie finden, sich den neuen Herausforderungen sowie den sich ändernden Rahmenbedingungen zu stellen und die Unterstützung nicht nur von uns Politikern sondern auch von den Eltern und der ganzen Gemeinde spüren.

<u>Vogt Roland, SVP:</u> Die Fraktion der SVP Wohlen Anglikon nimmt die beiden Berichte zur Kenntnis und bedankt sich bei den Verantwortlichen für ihre Arbeit.

Das Aargauer Stimmvolk hat sich am 11. März 2012 sehr klar für die Reform "Stärkung Volksschule Aargau" ausgesprochen. Eine weitere Reform, von der man heute schon behaupten kann, sie bringt der Ausbildung unserer Jugend keine Vorteile. Im Gegenteil, zurzeit bringt sie Unruhe bei den Verantwortlichen und kostet, neben unzähligen Gesprächen mit den Lehrpersonen über künftige Anstellungen, auch Zeit und Geld.

Geld ist ein wichtiges Wort im Ergänzungsbericht von Franco Corsiglia und Rolf Stadler. Zu den Details:

Die Informatik soll ausgebaut werden. Eine Arbeitsgruppe erarbeitet derzeit den entsprechenden Antrag. Steigende Kosten sind zu erwarten, gleich wie bei den Tagesstrukturen. Nach einer erfolgreichen Einführung ist es eine Frage der Zeit, wann das Angebot weiter ausgebaut wird.

Die Schulsozialarbeit erfreut sich angeblich nach wie vor einer grossen Akzeptanz und ist eine Entlastung für die Schule. Wir warten gespannt auf die umfassende Evaluation in diesem Jahr, lehnen aber eine extern begleitete Evaluation von Fr. 25'000.00 mit Sicherheit ab.

Auch bei der Integrativen Schule, welche bereits vor drei Jahren eingeführt wurde, warten wir gespannt auf die umfassende Evaluation. Das Wunschdenken der Schulbehörde entspricht vermutlich noch nicht ganz der Realität und man wartet deshalb mit dem Bericht, bis die Zeit gegeben ist. Fragt man bei den betroffenen Lehrpersonen direkt nach, ist die Meinung unterschiedlich. Junge, unerfahrene Lehrpersonen stehen hinter dem Entscheid der Schulpflege, ältere, erfahrene Lehrpersonen weniger.

Die Musikschule wurde regionalisiert. Die Zusammenarbeit mit diesen Gemeinden wird sich bestätigen müssen. Leider hat es die Schule verpasst, diese Leistung den anderen Gemeinden gewinnbringend zu verkaufen.

Die Schulraumplanung ist ein sehr aktuelles Thema. Für das Schuljahr 2014/2015 braucht es bereits wieder acht weitere Schulzimmer. Wir werden dieses Problem gespannt weiter verfolgen und fordern den Gemeinderat auf, in dieser Angelegenheit Transparenz zu schaffen. Vielleicht braucht es bei der Schulraumplanung auch einmal eine neue Reform. Wenn das Modell mit dem Klassenlehrer und seiner Klasse nicht mehr aktuell ist, vielleicht ist das Modell die Klasse und ihr Schulzimmer auch nicht mehr zeitgerecht. Eine interne Evaluation, wie viel Schulraum während der Woche tatsächlich belegt wird und wie viel Schulraum aus irgendeinem Grund frei steht, würde vermutlich interessante Zahlen bringen.

Unter dem Strich wird die Gemeinde beim Posten Bildung, welcher heute schon der grösste Posten ist, auch in Zukunft eine klare Zunahme zu verzeichnen haben.

Die Verantwortlichen der Schule werden deshalb aufgefordert, in Zukunft haushälterisch mit den Steuergeldern umzugehen. Leider war dies in der Vergangenheit nicht der Fall und die Schule lebte davon, dass sparen bei der Bildung unbeliebt und der falsche Ort ist.

Hoffnung in dieser Sicht können wir aus dem lobenswerten Bericht zum Schulraum von Rolf Stadler entnehmen. Wünsche gibt es sehr viele. Es geht hier darum, die Wünsche mit dem für die Gemeinde Wohlen Machbaren zu vereinen und eine für die Entwicklung der Schule Wohlen darüber zu schreiben.

Wir müssen lernen nach vorne zu schauen, das Globalbudget ist sicher die richtige Lösung. Auf keinen Fall darf die Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV) ein Thema für unsere Gemeinde werden. Ein Modell, das in der Theorie überzeugt, in Wohlen aber nicht funktionieren wird.

Unsere Fraktion wünscht sich, dass in Zukunft wieder die Bildung der Kinder im Vordergrund steht und die Lehrpersonen dafür auch die nötige Zeit erhalten und nicht mit unnötigem Verwaltungsaufwand beschäftigt werden. Viele Lehrpersonen sind mit den heutigen Strukturen unzufrieden. Die Schule soll ihre Kernaufgabe, das Lehren und Lernen, also die Vermittlung bzw. Weitergabe von Wissen und Können durch Lehrer an Schüler wieder in den Vordergrund stellen. Eine Wohlfühloase brauchen wir an der Schule nicht. Erziehung, trotz der immer mehr geforderten Krippenplätze ist und bleibt Aufgabe der Eltern. Vielleicht wird dadurch der Lehrerberuf wieder an Attraktivität gewinnen. Früher gehörte dieser Beruf zu den Traumberufen. Heute findet man auf dem Arbeitsmarkt kaum mehr Lehrer und wenn, dann nur noch im Teilzeitpensum. Den vielen Reformen sei Dank.

Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon bedankt sich zum Schluss bei allen Lehrpersonen für den Einsatz und die geleistet Arbeit.

<u>Manimanakis Corinne, SP:</u> Der Schulbericht macht ersichtlich, was im vergangen Schuljahr gelaufen ist. Wie gross der Schulapparat in Wohlen ist. Wie viele Lehrpersonen zum Teil schon langjährig angestellt sind. Sorgen aber auch für schöne Erlebnisse und werden im Schuljahresbericht, von Kindern bis zur Bezirksschule und der HPS, festgehalten.

Die drei Schulzentren von Wohlen zeigen auf, wie unterschiedlich und gross das Spektrum ist. Wie unterschiedlich sich die Projekte gestalten lassen und jedes sein Charakter hat. Wir von der SP wünschen uns, dass auch in Zukunft die Schule Wohlen trotz ihrer Grösse, ein lebendiges Miteinander bleibt und nicht jedes Schulzentrum zu fest sein "Gärtchen" pflegt. Es darf kein Schulzentrum bevorzugt werden. Es muss für alle die gleichen Voraussetzungen gelten.

Es freut uns, dass der Ergänzungsbericht ohne Aufforderung erschienen ist, denn er gehört dazu und ist zukunftsorientiert. Aus dem Bericht geht hervor, dass in Zukunft grosse Investitionen anstehen, welche immense finanzielle Auswirkungen haben werden.

Die Informatik wird im Ergänzungsbericht, für das Jahr 2014, mit CHF 1,5 Mio. aufgeführt. Hingegen ist derselbe Posten im Finanzplan erst im 2017 mit CHF 500'000.00 vorgehsehen. Wir fragen uns, wie es zu dieser Abweichung kommt.

Im Zusatzbericht wird erwähnt wie wichtig die Evaluation der Schulsozialarbeit ist. Der Betrag von ca. CHF 20'000.00 für eine professionelle und externe Evaluation wurde jedoch, aus Spargründen, aus dem Budget gestrichen. Unserer Partei ist es ein Anliegen, dass diese Evaluation von der Schulsozialarbeit professionell und extern geprüft wird. Ein intern erstelltes Gutachten könnte gegebenenfalls wieder falsch ausgelegt werden.

Wie mittlerweile bekannt ist, gestaltet sich die Anstellungen von Lehrpersonen als schwierig. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sich die Schule auch in Zukunft modern darzustellen vermag. Der Einwohnerrat sollte sich dessen bei der Behandlung des Budgets bewusst sein.

Die SP bedankt sich bei allen, welche sich für die Schule einsetzen und ein lebendiges Miteinander fördern, sodass die Schule gut funktioniert.

Diskussion

<u>Huwiler Paul, Gemeinderat:</u> Ich habe die zum Teil kritischen aber auch die wohlwollenden Voten zur Kenntnis genommen. An konstruktiver Kritik können wir stets wachsen und an Lob haben wir ganz einfach Freude.

Vielfach ist das Wort Schulraumplanung gefallen. Das Thema Schulraumplanung ist zwar schon eine Weile erledigt, bringt jedoch noch einige Fragen mit sich.

Die Fragen wurden vom Gemeinderat in der Schulraumplanungskommission gestellt. Anlässlich der nächsten Sitzung vom 8. April 2013 werden die Antworten dazu behandelt. Als weiterer Schritt wird der Gemeinderat den Bericht verabschieden und der Öffentlichkeit präsentieren.

Es wurde mehrfach das Thema Informatik aufgegriffen. Dazu fand bereits eine erste Sitzung statt, an welcher die Thematik Ersatzbeschaffung im Bereich Informatik besprochen worden ist. Die Schulpflege wird diesbezüglich dem Gemeinderat die Einsetzung einer Spezialkommission beantragen, welche sich eingehend mit dem Geschäft befassen soll. Anstehende Fragen, wie zum Beispiel nach einer Etappierung oder zu welchem Zeitpunkt sich eine Ersetzung aufdrängt, können so geklärt werden.

Zum Thema Lehrer und der Umstellung 6/3 würde ich das Wort gerne an Rolf Stadler weiter geben. Er kann aus der Praxis heraus mehr dazu sagen als ich.

<u>Stadler Rolf, Präsident Schulleiterkonferenz:</u> In den letzten Jahren ist es sehr schwierig gewesen, gute und qualifizierte Lehrerpersonen auf allen Stufen verpflichten zu können. Uns ist dies gross mehrheitlich gelungen. Im Moment gibt es personell auf verschiedenen Ebenen Engpässe und Probleme.

Eine Problematik ist, dass mit der Einführung des obligatorischen Kindergartens, auch schulische Heilpädagoginnen eingesetzt werden können und dort auch Zusatzlektionen versprochen worden sind.

Unglücklich ist die Lohnpolitik. Es herrscht im gesamten Kanton der Mangel an Kindergärtnerinnen und Kindergärtner. Diese absolvieren dieselbe Ausbildung wie Primarlehrer, verdienen jedoch weniger als diese. Dass Absolventen dieser Ausbildung nach dem Abschluss, aufgrund des höheren Einkommens, lieber eine Anstellung als Primarlehrer annehmen ist logisch.

Eine weitere Problematik gestaltet sich in der Primarschule und in der Mittelstufe. Aufgrund der Umstrukturierung wird eine andere Organisationsform benötigt. Hier wird man, zusammen mit den verkleinerten Abteilungszahlen, ein Mangel an Lehrpersonen im Bereich der 5. und 6. Klasse erhalten.

Auf der Oberstufe haben wir jetzt vier Schuljahre, anschliessend sind es drei Schuljahre. Dies bedeutet, dass man nach der Reform 25% von den Lehrpersonen nicht mehr einstellen könnte. Diese Lehrpersonen kann man nicht einfach für die Primarschule einstellen, da sie nicht die gleiche Anzahl Fächer unterrichten, sondern sich auf zwei oder drei Fächer spezialisiert haben. In der Primarschule müssten sie alle Fächer unterrichten. Die Lehrpersonen haben bewusst den Ausbildungsgang in die Oberstufe gewählt und möchten nicht als Primarlehrer arbeiten.

Es ist jedoch nicht so einfach, dass man diese einfach in die Primarschule zurück schicken kann, weil vor allem die jungen Lehrpersonen, das sind Lehrpersonen, welche zwei oder drei Fächer unterrichten können, die auch aus dem Grund den Ausbildungsgang in die Oberstufe gewählt haben und die möchten nicht an die Primarschule zurück. Viele wechseln deshalb ihre Anstellung in einen anderen Kanton. Die Veränderung bringt eine grosse Unsicherheit bei den Lehrpersonen mit sich. Durch eine möglichst grosse Transparenz und durch rechtzeitige Orientierungen versuchen wir dem entgegen zu wirken.

Wir sind uns der Tatsachen jedoch bewusst und treffen geeignete Massnahmen, welche uns für die Bewältigung der bevorstehenden Probleme und Schwierigkeiten hilfreich sind. Eine Massnahme ist u.a., dass derzeit Lehrpersonal für die Primarschule gesucht wird.

Aufgrund der schnellen Veränderung gestaltet es sich sehr schwierig, konkrete Zahlen zu benennen. Zum Beispiel in meiner Schuleinheit waren die Zahlen vor zwei Monaten noch aktuell, sehen mittlerweile jedoch schon wieder völlig anders aus. Verschiedene Umstände, wie eine Schwangerschaft oder eine krankheitsbedingte Abwesenheit, können eine ganz neue Situation und Ausgangslage schaffen.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Wie Sie wissen, ist eine Überbauung auf dem Areal geplant, auf welchem sich jetzt der Kindergarten/Schulweg befindet. Der Gemeinderat ging zu Beginn davon aus, dass die Ersetzung bereits dieses Jahr stattfinden sollte. Wir konnten jedoch mit der Bauherrschaft eine weitere Nutzung des Kindergartens bis im Juni 2014 vereinbaren. Somit müssen wir auf das genannte Datum hin einen Ersatz bereitstellen können. Dies wird eine der nächsten Vorlagen sein, welche der Einwohnerrat behandeln muss.

Der Aussage von Roland Vogt möchte ich entgegnen, dass der Gemeinderat die finanziellen Aspekte der ganzen Schulraumplanung sehr wohl unter Kontrolle hat. Hätte der Gemeinderat grössere finanzielle Mittel zur Verfügung, wäre die Schulraumplanung vermutlich bereits weiter fortgeschritten. Dem Gemeinderat ist der haushälterische Umgang mit den Steuergeldern sehr wichtig.

Der Jahresbericht 2011/2012 der Schule Wohlen (12114) mit Ergänzungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

011.1

Keller Anna, Präsidentin GPK: Am 2. April 2008 reichten die Einwohnerräte Jean-Pierre Gallati, SVP und Alain Thiébaud, damals noch FDP-Mitglied, eine Motion ein, welche verlangte, dass die Strom- und Gastarife der IB Wohlen AG für feste Endverbraucher durch den Einwohnerrat zu genehmigen seien. Im Oktober 2008 wurde diese Motion überwiesen. Nun liegen uns Bericht und Antrag dazu vor.

Die IB Wohlen AG ist seit 2002 eine Aktiengesellschaft, die zu 100% im Besitz der Gemeinde Wohlen ist. Im Konzessionsvertrag wurden die gegenseitigen Rechte und Pflichten zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und der IB Wohlen AG geregelt. Die IB Wohlen AG ist verpflichtet, auf dem Gemeindegebiet die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung sicherzustellen und die dafür notwendigen Anlagen und Leitungen zu erstellen, zu betreiben und zu unterhalten. Genehmigungsvorbehalte für die Preisbildung von Strom, Gas und Wasser wurden im Überführungsbeschluss nicht festgelegt. Gemäss Aktienrecht sind deshalb die Kompetenzen zur Tarifgestaltung jetzt beim Verwaltungsrat. Ebenso liegt die Strompreisfixierung im Kompetenzbereich des Verwaltungsrates. Die IB Wohlen AG legt der ElCom (Eidgenössische Elektrizitätskommission) jährlich die Preise vor und diese werden von der ElCom kontrolliert. Ebenso kontrolliert die ElCom auch jährlich die Kostenrechnung. Wenn die IB Wohlen AG zu viel Geld einnimmt, so muss sie das im nächsten Jahr wieder berücksichtigen. Die Daten sind im Internet einsehbar und ich kann als Konsumentin überprüfen, wie hoch meine Kosten im Vergleich zu anderen sind. Bei der ElCom kann auch jeder Beschwerde einreichen. Übrigens ist das eine hochspannende Webseite! Ich empfehle allen, sich diese einmal anzusehen und zu studieren.

Der Anlass für die Motion war unter anderem die Meinung, dass wir in Wohlen wesentlich höhere Strompreise haben als die Konsumentinnen und Konsumenten in den Nachbargemeinden. Ob es im Jahr 2008 so war, entzieht sich meiner Kenntnis. Der Strompreisvergleich ElCom 2013, den die GPK erhalten hat, zeigt aber, dass wir jetzt etwa gleich viel bezahlen wie die Kundinnen und Kunden in Villmergen, Muri, Waltenschwil, Dottikon, Brugg und Lenzburg, die von anderen Werken ihren Strom beziehen.

Nun sind seit der Einreichung der Motion schon fast 5 Jahre vergangen. Damals war noch alles im Fluss und die ElCom hatte ihre Arbeit erst seit kurzer Zeit aufgenommen. Mittlerweile ist dieses Kontrollorgan professionalisiert worden und die Kontrollen werden sehr streng ausgeführt.

Die Preisgestaltung beschäftigt nicht nur die Gemeinde Wohlen. Seit November 2012 liegt zu diesem Thema ein Bundesgerichtsentscheid vor, in welchem festgehalten wird, dass eine Preisgestaltung bei Aktiengesellschaften durch eine kommunale oder kantonale Behörde nicht zulässig ist. Es ist darin klar festgehalten, dass sogar die Genehmigungskompetenz ausgeschlossen ist. Für Gewerbe mit sehr hohem Strombezug besteht eine spezielle Regelung. Diese können selber einkaufen und die Preise mit dem Anbieter aushandeln. Da ist nur die Netznutzung reguliert und wird von der ElCom kontrolliert.

Wenn wir die Motion umsetzen möchten und der Einwohnerrat wieder bei der Tarifgestaltung mitwirken möchte, so müsste der Konzessionsvertrag rückgängig gemacht und die Werke wieder eine Abteilung der Gemeinde werden.

Meinung der GPK

Die GPK findet es schlecht, dass die Behandlung der Motion so lange gedauert hat. Der Vorteil ist jedoch, dass sich jetzt die Sachlage klarer darstellt, denn das Bundesgerichtsurteil hat das bestehende Aktienrecht, die bereits bestehende gesetzliche Grundlage bestätigt.

Leider wird im Bericht und Antrag nicht detailliert auf die gesetzliche Grundlage eingegangen. Es wird nur erwähnt, dass die Tarifgestaltung durch den Einwohnerrat nicht möglich ist. Erst das Bundesgerichtsurteil hat die Sachlage klargestellt, obwohl die gesetzliche Grundlage bereits vor dem Bundesgerichtsurteil existierte.

Letztlich ist die GPK der Ansicht, dass die Motion nicht sehr viel Sinn macht. Die Werke wurden damals privatisiert und sind jetzt eine Aktiengesellschaft. Hätte der Einwohnerrat die Kompetenzen behalten wollen, dann hätte man keine AG gründen dürfen. Es macht auch durchaus Sinn, dass die Tarifgestaltung Fachpersonen überlassen wird und nicht von Laien vorgenommen wird.

Die GPK stimmt beiden Anträgen des Gemeinderates im Bericht und Antrag mit 5 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen zu.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Ich danke der Präsidentin der GPK für ihre Ausführungen, welche zusammen mit dem Bericht und Antrag umfassend Auskunft über den Inhalt dieses Geschäfts geben. Gerne möchte ich dies kurz zusammenfassen und nochmals klarstellen. Die Tarife werden über das übergeordnete Bundesrecht, über das Stromversorgungsgesetz und ElCom reguliert. Die IB Wohlen AG ist eine Aktiengesellschaft. Wie eine solche zu funktionieren hat ist im schweizerischen Obligationenrecht (OR) geregelt. Weiter sind in diesem Gesetzt auch die unentziehbaren und unübertragbaren Aufgaben, welche der Verwaltungsrat hat, geregelt. Das Bundesgericht hat mit seinem Entscheid lediglich eine Rechtsgrundlage gestützt, welche bereits vorher existierte. Mit diesem Urteil wird auch die rechtliche Einschätzung geteilt, welche der Gemeinderat zum Zeitpunkt der Behandlung der Motion im Jahr 2008, vertreten hatte. Es besteht somit eine klare Rechtssicherheit darüber, dass kommunale Tarifgenehmigungskompetenzen ausgeschlossen sind. Der Bundesgerichtsentscheid über dieses komplexe Thema steht auf der Homepage des Bundesgerichtes als Download bereit.

Gerne würde ich Dr. Hans-Peter Weisshaupt, Verwaltungsratspräsident der IB Wohlen AG, das Wort übergeben.

<u>Weisshaupt Hans-Peter Dr., Verwaltungsratspräsident IB Wohlen AG:</u> Der Verwaltungsrat der IB Wohlen AG ist froh, dass die Unsicherheit bezüglich der Kompetenz zur Tarifgestaltung beseitigt werden konnte und Klarheit geschaffen wurde.

Die IB Wohlen AG, als selbstständige Aktiengesellschaft, kommt ihrem Auftrag nach. Wir liefern Strom, Gas und Wasser zu marktüblichen Tarifen. Es ist allgemein bekannt, dass der Bedarf nach Energie stetig ansteigt. Energie wird so immer mehr zu einem kostbaren Gut. Der Verwaltungsrat der IB Wohlen AG unternimmt alle Anstrengungen um insbesondere das Energiesparen populär zu machen. Die Gemeinde hat ein grosses Interesse an einem gut funktionierenden industriellen Betrieb. Eine gute Dividende ist sowohl dem Gemeinderat, wie auch dem Einwohnerrat ein grosses Anliegen.

Fraktionsmeinungen

<u>Gallati Jean-Pierre, SVP:</u> Die SVP stimmt den Anträgen des Gemeinderates zu. Gerne möchte ich zu diesem Thema noch einiges anbringen.

Der Entscheid des Bundesgerichts bezieht sich nicht auf eine Aktiengesellschaft, sondern einfach auf privatrechtliche Träger von Stromversorgern. Würde es sich, wie in anderen Gemeinden, um eine Genossenschaft handeln, dann würde der Entscheid ebenso Gültigkeit haben. Somit steht die Begründung des Gemeinderates in keinem zentralen Zusammenhang.

Bis zum 22./23. November letzten Jahres zeigte sich die Rechtslage im Vergleich zu heute als gegenteilig und dies obschon das Stromversorgungsgesetz das gleiche wie heute war. Das Verwaltungsgericht vom Kanton Schwyz hat am 18. April 2012 entschieden, dass eine politische, Kontrolle und Genehmigung von den Strompreisen möglich ist. Man kann selbstverständlich die Meinung vertreten, dass dieser Entscheid nicht annehmbar und nicht korrekt ist und somit das Verwaltungsgericht des Kantons Schwyz abwerten.

Die SVP akzeptiert das Bundesgerichtsurteil, auch wenn dieses nicht so ausgefallen ist, wie man sich das vorgestellt hat. Jetzt gilt das Gegenteil, auch wenn die Gesetzeslage noch dieselbe ist.

In der Gemeinde Wangen SZ herrschte die aussergewöhnliche und kuriose Ausgangslage, dass die Gemeinde von zwei verschiedenen Anbietern mit Strom beliefert worden ist. Speziell daran war, dass einer um 25% höhere Preise hatte. Nach meiner Meinung wäre die Auswahl zwischen zwei oder drei Stromanbietern ein Vorteil, denn dann könnte ein Preisvergleich stattfinden. Im Kanton Aargau ist die Gemeinde Widen, die einzige Gemeinde, welche von zwei verschiedenen Anbietern Strom bezieht. Ein Teil wird von der AEW Energie AG versorgt, der andere von der Gemeinde selber, von der Elektra Widen AG.

Zu Recht bemängelt die GPK die Tatsache, dass der Gemeinderat Wohlen für die Bearbeitung der Motion über vier Jahre gebraucht hat. Dies ist ein Hinweis darauf, dass der Gemeinerat schlecht organisiert ist. Es gibt für diesen Bereich kein Ressort und somit kein zuständiges Mitglied, welches sich um die IB Wohlen AG kümmern würde.

Aus den genannten rechtlichen Gründen stimmt die SVP der Abschreibung der Motion zu.

Die SVP hat seit ca. sechs bis sieben Jahren 17 Forderungen an die IB Wohlen AG. Diese wurden immer wieder im Einwohnerrat und auch öffentlich vorgetragen. Der Gemeinderat wurde mehrmals von uns angeschrieben mit der Aufforderung etwas zu ändern. Wir haben alles Mögliche unternommen, leider bisher ohne Erfolg.

Gerne zähle ich die sieben wichtigsten von den 17 Forderungen auf:

1. Die Strompreise in Wohlen sind zu hoch. Wenn man das Gewerbe anschaut, ist offensichtlich, dass die IB Wohlen AG teurer ist als vergleichbare Anbieter. In unserem letzten Vergleich betrug es noch 36%. Jetzt sind es vielleicht ca. 20%– 25%. Dies ist nicht annehmbar. Das wir nicht in allen Kategorien am höchsten sind, das stimmt, aber wir haben in den meisten Kategorien die höchsten Preise. Das muss wirklich genau angeschaut werden und das in der GPK abgegebene ElCom Dokument ist ohne Vergrösserungsglas kaum lesbar.

- 2. Die wichtigste Forderung an den Gemeinderat ist die Erstellung eines Ressorts. Die IB Wohlen AG generiert einen Umsatz von über CHF 30 Mio. Das ist etwa gleich viel, wie der Steuerertrag unserer Gemeinde. Ohne das Vorhandensein eines Ressorts, ist auch keiner der sieben Gemeinderäte dafür verantwortlich. Ohne eine zuständige Person sind alle im Kollektiv verantwortlich, also schlussendlich keiner.
- In dieser Firma fehlt nach wie vor die Transparenz. Mit dieser Motion h\u00e4tten wir die Transparenz erzwungen. Die Preise kann man nur genehmigen, wenn man in die Firma hinein sieht.
- 4. Die Löhne der IB Wohlen AG sind nach unserer Auffassung zu hoch. Wenn ein spitzen Manager CHF 250'000.00 verdient, dann stimmt etwas nicht. Wir hegen ohnehin den Verdacht, dass die ganze Geschäftsleitung viel zu hoch entlohnt wird. Aber es ist ja geheim. Wir wissen es ja nicht. Die beiden Mitglieder des Gemeinderates, welche im Verwaltungsrat vertreten sind, werden uns heute kaum Klärung darüber verschaffen.
- 5. Das Sponsoring des Profi-Fussballvereins, durch eine 100% Gemeindebeteiligung, können wir keinesfalls akzeptieren. Das bringt überhaupt nichts, denn diese Firma ist weitgehend im Monopol tätig und braucht definitiv keinen Profi-Fussballsponsor.
- 6. Die IB Wohlen AG führt keine Submissionen durch, obschon sie dies müsste. Es wird ein Bauunterfangen mit einem Kostenvolumen von CHF 3 Mio. gemacht. Eine öffentliche Ausschreibung findet jedoch keine statt, obwohl die Firma der Gemeinde gehört.
- 7. Die IB Wohlen AG steht in Konkurrenz zum privaten Gewerbe. Es ist unverständlich, weshalb eine Installationsfirma betrieben wird. Diese Firma gehört der Gemeinde Wohlen und darf deshalb das private Gewerbe konkurrenzieren. Es ist bedauerlich, dass das Wohler Gewerbe so lahm ist und diese Tatsache toleriert. Wenn schlussendlich auch der Einwohnerrat keine Opposition dagegen ergreift, dann hat das Wohler Gewerbe es wohl auch nicht anders verdient, als dass sie von der eigenen Gemeinde konkurrenziert wird.

Wir suchen weiterhin nach Mittel und Wege all diese Probleme zu lösen. Vielleicht ist der einzige Weg, wenn der Filz weiterhin so bestehen bleibt, dass man die Privatisierung der IB Wohlen AG rückgängig macht und der Betrieb wieder durch die Gemeindeverwaltung geführt wird. Ich hoffe jedoch nicht, dass das möglich ist. Den Anträgen des Gemeinderates werden wir notgedrungen zustimmen.

<u>Burkard Thomas, Grüne:</u> Die Fraktion der Grünen Wohlen folgt in diesem Geschäft einstimmig und vorbehaltlos den beiden Anträgen des Gemeinderates. Es ist nötig, dass diese Motion abgeschrieben wird. Wir sind froh, dass der Gemeinderat nicht voreilig gehandelt hat. Es dauerte nun knapp 5 Jahre, doch das Vorgehen des Gemeinderates zeigte sich als korrekt. Das Bundesgericht hat Klarheit geschaffen und zeigt auf, dass die beiden Motionäre falsch lagen.

Weiter möchte ich zu bedenken geben, dass die von Jean-Pierre Gallati genannten Zahlen mit Vorsicht aufzunehmen sind, denn sie sind nicht ganz korrekt. Die IB Wohlen AG befindet sich, im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden und Anbietern, absolut im Rahmen. Die Sachlage ist klar, die Motion muss abgeschrieben werden.

<u>Geissmann Armin, FDP:</u> Die FDP befürwortet einstimmig die Abschreibung der beiden Anträge. Auch für den Einwohnerrat sind Entscheide des Bundesgerichtes verbindlich. Es stand indes genügend Zeit zur Verfügung, um die Sachlage gut anzuschauen. Die FDP möchte der IB Wohlen AG für die geleistete Arbeit danken. Sie gewährleisten die Grundversorgung und sind Tag und Nacht für die Bevölkerung da.

Thièbaud Alain, GLP: Die GLP wird der Abschreibung zu stimmen.

Ich möchte meine Beweggründe für die Einreichung der Motion gerne erläutern und so aufzeigen, was sich in der Zwischenzeit verändert hat.

Die Uni Zürich führte dazumal ein Seminar zum Thema "Ausgelagerte Verwaltungseinheiten" durch. Das Ergebnis des Seminars zeigte auf, dass sich die erarbeiteten Strukturen und die Rechtslage völlig unkontrollierbar darstellen und niemand die Möglichkeit hat dort genaue Aussagen zu treffen. Um genau zu wissen, was erlaubt ist und was nicht, müssen zwangsläufig Rechtsbeistände hinzugezogen werden.

Ich habe bezüglich Auslagerungen im Bereich Energieversorgung eine kritische Haltung und erachte es als problematisch, wenn Strukturen geschaffen werden, bei welchen schlussendlich unklar ist woran man ist. Die politischen Gremien ziehen sich zurück und konzentrieren sich auf eine mittelbare Steuerung, weil schlichtweg keine Handhabung mehr vorhanden ist.

Das ist in Wohlen nicht anders. So wurde auch in unserer Gemeinde Ende der 90-er Jahre, während der Privatisierungs-Euphorie, entschieden, dass die Industriellen Betriebe ausgelagert werden sollen. Über die konkreten Auswirkungen wurde nicht genau nachgedacht. Auch während der damaligen Abstimmung wurde das Thema nicht aufgegriffen. Man hätte dazumal Möglichkeiten gehabt.

Der Bundesgerichtentscheid zeigt auf, dass der Gemeinderat sich oder der Gemeinde gewisse Kompetenzen ausbedingt, betreffend Aufsicht, Kontrolle und Daten. Aus den Beschlüssen oder Verträgen geht hervor, dass dies in Wohlen nicht gemacht worden ist. Dies bewegte uns dazu, die Motion einzureichen. Uns störte es, dass in Wohlen kein Instrument vorhanden ist, welches eine effektive Kontrolle ermöglicht.

Das Bundesgericht hat jetzt auf der Basis des Stromversorgungsgesetzes entschieden. Auch dies ist eine völlig unklare Lage, denn es wurden zwei Entscheide gefällt. Einer vom 27. Oktober 2012 und der andere, welcher Ihnen vorliegt, vom 23. November 2012. Letzterer wurde vom Bundesgericht, in der vollen Besetzung, mit fünf Richtern gefällt. Normal sind es drei Richter. Der Entscheid konnte halt, aufgrund der Gesamtumstände, nicht anders ausfallen. Im Gesetz steht davon nichts und es widerspricht den Versprechungen, welche seitens des UVEK, beim Erlass des Stromversorgungsgesetzes, gemacht worden sind. In dieser Botschaft heisst es, dass die Organisationsautonomie der Gemeinden erhalten bleibt. Die bedeutet für uns als Einwohnerräte, dass wir keinen Einfluss haben und nichts mehr machen können. Die einzige Möglichkeit, wieder mitreden zu können, wäre eine Rückverstaatlichung. Vor einem solchen Entscheid hege ich jedoch einen gewissen Respekt und meines Wissens, wurde so etwas auch noch nie durchgeführt. Es liegt nun am Gemeinderat zu bestimmen, wie es weiter gehen soll und was für Kontrollmechanismen zur Verfügung stehen.

Was jedoch bleibt, ist das Aufsichtsrecht des Einwohnerrates über den Gemeinderat und seiner Art und Weise der Aufgabenerfüllung. Insofern haben wir somit noch gewisse Rechte und damit verbunden eine Berechtigung zur Kontrolle. Eine andere Lösung sehe ich zurzeit nicht und ich hoffe, dass in Zukunft zu diesem Thema etwas mehr Transparenz angestrebt wird.

<u>Hufschmied Hans, CVP:</u> Die CVP-Fraktion steht einstimmig hinter dem Bericht und Antrag 12079 Kompetenz zur Tarifgestaltung der IB Wohlen AG vom 2. April 2008.

Wie wir bereits erfahren durften, werden die Strompreise von der ElCom kontrolliert und überwacht. Die ElCom ist gleichzeitig auch die zuständige Beschwerdestelle. Für alle anderen Sparten der IBW-Gruppe ist der Preisüberwacher als Beschwerdestelle zuständig. Zwischen den einzelnen IBW-Gruppen finden überhaupt keine Quersubventionierungen statt. Jede Sparte führt eine eigenständige Rechnung.

In der gelebten Demokratie darf man durchaus verschiedener und gegenteiliger Meinungen sein. Ich bitte jedoch alle Mitglieder des Einwohnerrates mit wahren Zahlen und Fakten zu operieren und nicht irgendwelche Behauptungen und falsche Zahlen in die Welt zu setzen.

Wenn gewisse Personen etwas gegen den FC Wohlen vorbringen, so wird unverzüglich und unbegründeter Weise auch Richtung IB Wohlen AG geschossen. Ich mag diese Sprüche schon gar nicht mehr hören, denn sie verfügen über kein Fundament.

Die CVP-Fraktion dankt allen Parlamentariern für eine wahre und konstruktive Sachpolitik zum Wohle der Freiämter Metropole Wohlen. Uns ist es ein Anliegen, dass wir alle am gleichen Strick ziehen, denn nur so machen wir unser Dorf für mögliche Neuzuzüger attraktiv. Verhinderungspolitik ist fehl am Platze.

Manimanakis Corinne, SP: Knapp 5 Jahre sind es jetzt her, seit diese Motion überwiesen worden ist. Als ich das Protokoll von dazumal gelesen habe, konnte ich feststellen, dass die Fronten sehr verhärtet waren. Ich ging davon aus, dass dies, aufgrund der aktuellen Sachlage, nicht mehr der Fall sein würde. Hört man jedoch den Voten von Jean-Pierre Gallati und von Alain Thièbaud zu, dann ist es unmissverständlich klar, dass noch immer ein grosses Misstrauen vorhanden ist. Die SP sieht dies ganz anders. Wir sind froh, dass der Bundesgerichtsentscheid vorliegt. Somit ist das Geschäft erledigt und die Motion kann abgeschrieben werden. Weiter sind wir dem Verwaltungsrat dankbar für die gute Arbeitsleistung. Er informiert transparent und offen. Wir kommen gerne an die Generalversammlung, damit wir auf dem neusten Stand der Informationen bleiben.

Diskussion

Weisshaupt Hans-Peter Dr., Verwaltungsratspräsident IB Wohlen AG: Gerne gebe ich zu vier von Jean-Pierre Gallatis genannten Punkten Antwort.

- 1. Gemäss der von uns abgegebenen Tabelle, welche ich problemlos ohne Brille lesen kann, sind 95% von allen Strombezügern von Wohlen absolut im Mittel oder sogar noch unter dem Schnitt. Jean-Pierre Gallati bemängelt zu Recht, dass die Strompreise bei Industrie und Gewerbe (5%) zu hoch sind. Hier sind wir tatsächlich eher im oberen Teil. Aber die Industrie, welche der Hauptbezüger ist, kommt bereits in den Genuss der heutigen Marktöffnung.
- 2. Die SVP verlangt, dass ein Ressort IB Wohlen AG im Gemeinderat geschaffen werden soll. Ich möchte zu diesem Punkt erinnern, dass der Gemeinderat mit zwei Mitgliedern im Verwaltungsrat vertreten ist. Jean-Pierre Gallati möchte eine zuständige Person genannt haben, um diesen bei Problemen belangen zu können und gegebenenfalls zur Verantwortung ziehen zu können. Die SVP kann sowohl die beiden Gemeinderäte zur Rechenschaft ziehen, wie auch der Verwaltungsratspräsident oder den Delegierten.

- 3. Es wurde seitens SVP und auch in der Presse die Kritik angebracht, dass die Löhne der Geschäftsleitung zu hoch sind. Ich bin der Brisanz dieser Aussage sehr wohl bewusst. Wir haben eine hervorragende Geschäftsleitung unter der Leitung von Peter Lehmann. Die Löhne werden von uns immer analysiert und ich kann Ihnen versichern, dass sie marktüblich sind. Wir bezahlen keine höheren Löhne, als dass es in vergleichbaren Werken der Fall ist. Selbstverständlich könnten wir den Lohn von Peter Lehmann und den anderen Kollegen senken. Dies könnte jedoch ziemlich verheerende Konsequenzen mit sich bringen. Uns ist es ein grosses Anliegen, dass die Mitarbeiter noch möglichst lange in Wohlen hervorragende Arbeit leisten.
- 4. Jean-Pierre Gallati behauptet, dass betreffend dem Neubau des Verwaltungsgebäudes eine öffentliche Ausschreibung hätte erfolgen müssen und dass die IB Wohlen AG dies verpasst hätte. Dies ist nicht korrekt, selbstverständlich haben wir vorgängig die rechtliche Ausgangslage abgeklärt. Wir unterliegen als private Aktiengesellschaft nicht der Submissionsgesetzgebung. Wir haben einen kostengünstigen Bau und wir können eine effiziente Arbeitsweise ausweisen. Darauf sind wir doch ein wenig stolz.

<u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Ich habe den Ausführungen, betreffend der Ressortzuteilung von Herr Dr. Hans-Peter Weisshaupt, genau zugehört. Gerne gebe ich Jean-Pierre Gallati eine Replik. Im Kanton Aargau gibt es keine Gemeinde, welche für ihre industriellen Betriebe, welche privatrechtlich organisiert sind, Ressorts.

Betreffend den Vorwurf der fehlenden Transparenz möchte ich erwähnen, dass nirgends im Kanton Aargau Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte zur Generalversammlung eingeladen sind.

Wenn man die Idee aufgreift, die industriellen Betriebe in die Gemeindeverwaltung zurückzuführen, muss man sich auch bewusst sein, dass die damalige Privatisierung die Gemeindekasse um CHF 20 Mio. verbessert hat. Die Aktiengesellschaft hat in der Zwischenzeit sehr gut gearbeitet. Das politische Leben hat schon stattgefunden, bevor Jean-Pierre Gallati in Wohlen gelebt hat. Bei der damaligen Abstimmung im Jahr 2001 im Einwohnerrat wurde mit 32 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen die Privatisierung beschlossen. An der darauf folgenden Volksabstimmung vom 10. Juni 2001 erreichten die Ja-Stimmen 66,8%, also haben über 2/3 von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dazu Ja gesagt. Ein so hoher Ja-Anteil gab es sonst nie bei Privatisierung eines Gemeindewerkes zu einer Aktiengesellschaft.

Jedes Mitglied des Einwohnerrates ist eingeladen bei der Generalversammlung der IB Wohlen AG vom 7. Juni 2013 teilzunehmen, um weitere Informationen zu erhalten. Wenn jemand einen noch tieferen Einblick haben möchte, dann empfehle ich die Kandidatur als Gemeinderatsmitglied. Wer anlässlich der Wahlen gewählt wird, kann sich wiederum innerhalb des Gemeinderates für einen Verwaltungsratssitz bewerben und so gegebenenfalls Einsicht nehmen in die Arbeit des Verwaltungsrats. Dann können Fragen gestellt werden und bei der Entwicklung von Strategien etc. mitgewirkt werden. Der Gemeinderat dankt Ihnen für die gute Aufnahme von dieser Vorlage.

<u>Thièbaud Alain, GLP:</u> Ich möchte zur Aussage von Corinne Manimanakis hinzufügen, dass ich keine verhärtete Fronten sehe. Ich bin der persönlichen Überzeugung, dass es die Auslagerung von Instrumenten in privatrechtliche Formen nicht geben dürfte. Das ist meine politische Meinung, dafür stehe ich auch ein.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

1. Auf die Ergänzung von § 31 Abs. 2 der Gemeindeordnung mit "s) Genehmigung der Stromund Gastarife der IB Wohlen AG für feste Endverbraucher" sei zu verzichten, da sie aus rechtlichen Gründen nicht umsetzbar ist.

wird einstimmig zugestimmt.

Dem gemeinderätlichen Antrag

Motion 11094 betreffend Kompetenz zur Tarifgestaltung der IB Wohlen AG sei abzuschreiben.

wird einstimmig zugestimmt.

011.2

Spörri Marlis, Präsidentin: Die Präsidentin fragt, ob die Diskussion gewünscht wird.

<u>Brunner Edwin, SVP:</u> Wir verlangen keine Diskussion, die Angelegenheit ist für uns erledigt. Wir möchten jedoch gerne noch eine Anmerkung vortragen. Wir können nicht nachvollziehen, dass der Gemeinderat eine Motion 5 Jahre verschleppt und nicht bearbeitet. Das darf einfach nicht passieren.

Obschon das Vorgehen in diesen Fall geklappt hat, möchte ich den Gemeinderat an dieser Stelle darum bitten, dass so etwas in Zukunft nicht mehr geschieht. 5 Jahre sind 4 Jahre zu viel!

Spörri Marlis, Präsidentin: Da keine Diskussion verlangt wird, ist das Geschäft erledigt.

Jean-Pierre Gallati verlässt die Sitzung nach diesem Traktandum.

Vogt Roland, GPK: Die GPK stellt einen Rückweisungsantrag.

Rückweisungsantrag

011.1

Das Schlauchverlege-Fahrzeug unserer Feuerwehr, mit Jahrgang 1983, ist in die Jahre gekommen und soll ersetzt werden. Eine erneute Aufbereitung für eine Motorfahrzeugprüfung lohnt sich nicht mehr. Durch die Rückstufung zur Stützpunktfeuerwehr B ist die Notwendigkeit für dieses Fahrzeug jedoch nicht mehr gegeben. Weil das Fahrzeug aber zugleich für den Transport von 7 Personen diente und diese Plätze in Zukunft fehlen werden, braucht die Feuerwehr ein Ersatzfahrzeug und wünscht sich einen Personentransporter.

Die GPK erkennt die Notwendigkeit und unterstützt dieses Bedürfnis in der Grundlage. Wir sind uns jedoch einstimmig einig, dass wir in keiner Art und Weise die vorgenommen Vorarbeiten für die Ersatzbeschaffung unterstützen und das aus folgenden Gründen:

Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern der Feuerwehrkommission und der Feuerwehr, erarbeitet ein Pflichtenheft für die Evaluation des Fahrzeuges, sendeten Einladungen zur Offerteingabe, evaluierten die eingegangen Offerten und bestimmten, bevor der Antrag an die Feuerwehrkommission ging, das zu beschaffende Fahrzeug, einen Mercedes Sprinter 316 CDI, Kostenpunkt rund CHF 85'000.00.

Betrachtet man die Arbeit der Arbeitsgruppe genauer, fällt auf, dass als Eignungskriterium eine offizielle Markenvertretung erforderlich ist und nachweislich erbracht werden muss. Offerten gingen ein von der Firma Geri Huber, Fahrzeugaufbau in Baar/Inwil, Carosserie Rusterholz AG in Richterswil und Mercedes-Benz in Wettingen. Zwei von ihnen können diese Eignung gar nicht erbringen, da sie keine Marke vertreten und fallen somit weg. Es bleibt die Mercedes-Benz in Wettingen. Jeder in diesem Saal stellt sich an dieser Stelle doch die Frage, wieso kein lokaler Markenvertreter aufgeführt wurde. Ganz einfach, sie wurden für eine Offerteingabe gar nicht eingeladen oder werden im Bericht und Antrag einfach ignoriert, so passiert mit der Offerte der Garage Huber in Villmergen.

Als Zuschlagskriterium wurde der Preis mit 60% gewertet. Bei der finanziellen Lage unserer Gemeinde ist das sicher der richtige Ansatz, den Preis so hoch zu werten. Warum allerdings ein Fahrzeug von CHF 85'000.00 bei einer Vorgabe von CHF 75'000.00 den Zuschlag erhält, ist fraglich.

Die Getriebeart als zweites Kriterium mit 20% zu werten, wenn die Arbeitsgruppe ein Automatikgetriebe wünscht, ist aus Sicht der GPK ein reines "Killerkriterium" und dient der Sondierung der Fahrzeugmarken. Nicht viele Fahrzeugmarken können ein Automatikgetriebe in dieser Fahrzeugklasse anbieten.

Bei den zwingend zu erfüllenden Anforderungen hat sich die Arbeitsgruppe dann so richtig entfaltet. Man möchte ein Dieselmotor mit mind. 160 PS, das bereits genannte Automatikgetriebe, eine Klimaanlage (auch hinten), Stosstange in Wagenfarbe, Aluminiumfelgen und alles zu einem Netto-Preis (alles inklusiv) von max. CHF 75'000.00. Keine Fahrzeugmarke kann diesen Anforderungen genügen. Mercedes-Benz und VW vielleicht mit den geforderten PS und dem Getriebe, aber nicht mit dem Preis. Die anderen Marken wie Ford, Peugeot oder Renault sicher mit dem Preis, sie liegen sogar deutlich darunter, aber nicht mit den geforderten PS und der Getriebeart.

Zum Vergleich. Die Gemeinde Muri hat vor einiger Zeit ebenfalls einen Personentransporter für 14 Personen, mit einem 4 x 4 Antrieb, angeschafft. Dabei fiel die Auswahl auf einen Ford für weniger als CHF 70'000.00. Sicher der richtige Entscheid, wenn man bedenkt, dass das Fahrzeug lediglich für den Transport von Personen und Material benötigt wird und sicher nicht top ausgerüstet sein muss. Dass die Luxusvariante immer in Wohlen zur Debatte steht, ist unerklärlich.

Dass die Arbeitsgruppe ihr Wunschfahrzeug trotz der Preisüberschreitung durchsetzen konnte und somit das lokale Gewerbe ausgehebelt werden konnte, liegt vermutlich an der Subvention der Aargauischen Gebäudeversicherung (AGV), welche einen grossen Betrag zugesichert hat. So konnte man die Anschaffungskriterien nach dem Wunschfahrzeug, dem Mercedes-Benz, ausrichten. Dies wird im Bericht und Antrag auch wie folgt erwähnt:

"Nach einer Vorsondierung der Beschaffungsgruppe wurden drei Garagen zur Offerteingabe, gemäss den Kriterien des Pflichtenheftes, eingeladen".

Nimmt man dann noch das bereits erwähnte Eignungskriterium der Markenvertretung dazu, ist der Bericht unseriös erarbeitet.

Es ist der GPK bewusst, dass keine Grundlage für eine lokale Ausschreibung besteht und die Arbeitsgruppe in dieser Angelegenheit ihre Freiheiten ausgenützt hat. Wir möchten aber bedenken, dass in der Gemeinde Wohlen und in den angrenzenden Partnergemeinden generell ein funktionierendes Gewerbe besteht und das Autogewerbe auf eine langjährige Tradition zurückschauen kann. Da sollte man auch den Anstand dazu haben, diesem Gewerbe die Möglichkeit zu bieten, am Wettbewerb teilnehmen zu können. Wie will der Gemeinderat sein Ziel verfolgen, das Gewerbe in Wohlen zu erweitern, wenn auf dieser Art und Weise das Gewerbe behandelt wird?

Zusammengefasst: Der Bericht und Antrag hat vollständig zu erscheinen. Die Anschaffungskriterien sind den effektiven Anforderungen anzupassen und das Budget muss den finanziellen Mitteln unserer Gemeinde entsprechen. Das lokale Autogewerbe darf nicht ausgeschlossen werden.

Die GPK möchte an dieser Stelle betonen, dass der Gemeinderat für den Antrag der Rückweisung verantwortlich ist. Er trägt die Verantwortung für dieses Geschäft und hätte der Feuerwehrkommission nicht freie Hand lassen sollen. Die Arbeitsgruppe der Feuerwehr hat lediglich ihren Freiraum ausgenützt. Der Gemeinderat hätte die Anforderungs- bzw. Mindestkriterien der Arbeitsgruppe als Vorlage bestimmen müssen. Weiter hätte der Gemeinderat das Einholen der Offerten koordinieren und überwachen sollen.

Aus diesen Gründen bittet die GPK den Einwohnerrat, die Rückweisung zu unterstützen.

<u>Donat Ruedi, Gemeinderat:</u> Es ist mir ein Anliegen, dass die Rollenaufteilung in unserem Gemeindewesen wiedermal aufgezeigt wird. Wir haben ein ausgeklügeltes System über die vorberatende Gemeinderatskommission, welche insbesondere aus Fachleuten zusammengesetzt sind. Jede Kommission hat seine Pflichten und eine Rolle. So hat für mich die Meinung der Fachpersonen, im vorliegenden Fall ist dies die Feuerwehrkommission, einen grossen Stellenwert und ist massgebend beteiligt an unserer Meinungsbildung.

In unserem heutigen Geschäft gibt es jedoch noch einen zusätzlichen Aspekt. Der Aspekt heisst Vertrauen. Ich vertraue auf unsere Fachpersonen der Feuerwehr. Sie wissen was sie zur Ausübung ihrer Aufgaben benötigen. Sie wissen, ob es ein Automatik Getriebe braucht oder wie viel PS ein Fahrzeug haben muss.

Der Gemeinderat muss in erster Linie darauf achten, dass die Gesetze eingehalten werden. Im vorliegenden Fall kann ich Ihnen versichern, dass sie eingehalten wurden. Der Gemeinderat ist für die Beschaffung verantwortlich. Er ist nicht verpflichtet im freihändigen Fahren eine öffentliche Ausschreibung zu machen. Es gibt keinen einzigen Grund, wonach dem Vorschlag der Feuerwehrkommission nicht zugestimmt werden kann.

Der Gemeinderat schätzt die Feuerwehr Wohlen und anerkennt die Leistung, welche sie erbringt. Sie ist nachweislich eine von den bestgeführten Feuerwehren des Kantons Aargau. Wir vertrauen unserer Feuerwehr und sie hat es verdient, dass das Geschäft heute behandelt wird.

Eine weitere wichtige Rolle darin nimmt die GPK ein. Sie prüft alle vom Gemeinderat vorgelegten Geschäfte im Namen des Einwohnerrates. Sie prüft ob Gesetze und Reglemente eingehalten werden und gibt entsprechend ihre Empfehlungen ab. Es kann nicht sein, dass wenn die gesetzlichen Kriterien eingehalten sind, die prüfende Kommission eigene Offerten einholt. Dies ohne Rücksprache mit dem Feuerwehrkommando. Es kann nicht sein, dass eigene Kriterien definiert und aufgestellt werden und so das Vertrauen unserer Feuerwehr untergraben wird.

Ich bitte den Einwohnerrat darum, die Verantwortung wahrzunehmen. Vertrauen Sie auf die Urteilskraft unsere Fachleute der Feuerwehr. Dies sind die Personen, welche uns im Notfall zu jeder Tages- und Nachtzeit zur Seite stehen. Sie sind diejenigen, welche uns das nötige Mass an Sicherheit geben. Ich appelliere an die Vernunft und an das Gewissen von jedem einzelnen Einwohnerrat. Wenn wir die gute Arbeit der Feuerwehr honorieren möchten, lehnen Sie den Rückweisungsantrag ab und stimmen Sie der Vorlage zu. Die Feuerwehr Wohlen wird es Ihnen danken.

Jetzt noch kurz etwas in eigener Sache. Ich gebe zu, dass bei der Beschaffung nicht alles optimal verlaufen ist. Nach dem tragischen Tod von Toni Schürmann habe ich das Geschäft übernommen. Die Arbeitsgruppe, welche für die Beschaffung zuständig war, war bereits zusammengestellt worden. Die verschiedenen Kriterien waren bereits festgelegt. Als Vorsteher habe ich weder Kriterien noch die Vergabe hinterfragt. Das erachte ich als ein Fehler von mir. Als ehemaliger Feuerwehrmann ging ich der Annahme, dass die bisherige Beschaffungsart selten zur Diskussion Anlass gegeben hatte. Wie mir heute bewusst ist, war dies ein Irrtum. Ich erwartete, dass bei diesem Geschäft problemlos die Mehrheit des Einwohnerrates zustimmen würde. Ich bitte Sie meiner Nachlässigkeit, die Rückweisung abzulehnen und der Beschaffung zu zustimmen.

Fraktionsmeinungen

<u>Gregor Ariane, CVP:</u> Die Rückweisung unterstützen heisst für eine grosse Mehrheit der CVP, "treten an Ort". Eine Rückweisung macht Sinn, wenn die Gemeinde einen Mehrwert im finanziellen oder zeitlichen Rahmen herausholen kann. Das ist aus Sicht der CVP nicht gegeben. Die Vorlage ist vollständig und übersichtlich erarbeitet.

Laut Gemeinderat untersteht dieses Geschäft nicht dem Submissionsdekret und wurde somit auch nicht dementsprechend behandelt. Die Feuerwehrkommission, also Fachpersonen der Feuerwehr, hat drei Offerten im Einladungsverfahren eingeholt. Der Feuerwehrkommission sollte die Kompetenz zugeschrieben werden ein solches Verfahren zu leiten, wenn nicht, müsste diese Fachgruppe mit anderen Personen besetzt werden.

Dass die GPK selber auch Offerten einholt, ist ja doch etwas eigenartig, zumal diese Offerten nicht mit denjenigen des Gemeinderates vergleichbar sind, da die GPK wiederum eigene Anforderungen definiert hat. Die tiefer angesetzten Anforderungskriterien der GPK

ergeben natürlich günstigere Offerten. Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, Äpfel mit Birnen zu vergleichen geht leider nicht.

Ein gewichtiger Punkt der gegen eine Rückweisung spricht ist, dass die AGV das Subventionsgesuch der Feuerwehr Wohlen gewährt und den Subventionsbeitrag zugesichert hat. Die Bedingungen, welche eine Subvention des Personentransportfahrzeuges rechtfertigen sind erfüllt.

Aus den ob genannten Gründen spricht eine grosse Mehrheit der CVP gegen die Rückweisung.

Duschén Andrea, FDP: Wir sind nicht ganz gleicher Meinung wie der Grossteil der CVP. Der Bedarf dieses Fahrzeuges ist auch für uns unbestritten. Grundsätzlich ist auch der Gemeinderat für die Beschaffung von Offerten zuständig. Wenn aber ein Preis ein Kriterium sein sollte, dann braucht es bei dem Betrag von über CHF 80'000.00 sicher mehr als eine Offerte. Ich finde es störend, dass man eine Garage anfragt, welche das Fahrzeug liefern kann und weiter zwei Karosserien anfragt, welche die Anforderung gar nicht erfüllen können. Das Fahrzeug kann gar nicht geliefert werden. Ariane Gregor möchte nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Ich möchte Äpfel mit Äpfeln vergleichen. Bei dieser Ausschreibung braucht es drei Offerten. Wir haben nur eine einzige Offerte bekommen.

<u>Suter Stephan, SP:</u> Ich bin von der Feuerwehr. Das heisst aber nicht, dass ich immer automatisch der gleichen Meinung sein muss. Die SP kann diesem Geschäft ganz klar zustimmen. Gewisse Punkte müssen wir uns jedoch genau überlegen. Wir haben zum Zweck der Beschaffung eine eigene Kommission in der Feuerwehr gebildet. Diese hat klare Richtlinien.

Das Geschäft wurde weiter auch in der gemeinderätlichen Feuerwehrkommission behandelt und auch die AGV, welche das Gesuch geprüft hat, hat schlussendlich zugestimmt. Die GPK betreibt meiner Meinung nach ganz klar Heimatschutz. Es wurde von der GPK gesagt, dass es kein Automatikgetriebe braucht. Die ganze Armee fährt Autos ausschliesslich mit Automatikgetrieben und dies aus einem einfachen Grund, dass die Ausbildungs- und Wartungskosten wesentlich tiefer ausfallen. Praktisch alle Feuerwehren kaufen nur noch Fahrzeuge mit Automatikgetriebe.

Es wäre vielleicht auch interessant Marcel Christen zu fragen, wie viele Stunden er bereits aufgewendet hat, um alle Fragen zu beantworten. Das verursacht alles Kosten und diese werden nicht wahrgenommen. Ohne involviert zu sein, bin ich ganz klar überzeugt davon, dass die Kommission eine gute Arbeit geleistet hat. Diese Personen arbeiten autonom und wissen, dass sie sparsam mit den finanziellen Mitteln umgehen müssen.

Betreffend die sogenannten Luxusgüter der Feuerwehr Wohlen möchte ich zu bedenken geben, dass die Gemeinde Wohlen viele Fahrzeuge aus dem Stützpunktpool übernommen hat, zu günstigsten Konditionen. Wir haben einen Kommandanten, der seit Jahren sparsam mit dem Geld haushaltet. Ich habe geschäftlich mit Feuerwehren aus der ganzen Schweiz zu tun und kann mit Stolz sagen, dass die Feuerwehr Wohlen mit sehr bescheidenen Mitteln arbeitet und das Personal diese richtig einzusetzen weiss. Das ist ganz klar ein Affront für Wohlen und vor allem für die Feuerwehr, solche Vorwürfe zu äussern.

Gerne empfängt die Feuerwehr die Kritiker des Einwohnerrates und gibt diesen einen Einblick über die Tätigkeit und Arbeit. Die Feuerwehr wird sehr genau kontrolliert und kann sicherlich nicht einfach machen was sie will. Es ist keinesfalls so, dass die Geschäfte mit grossen Beträgen durchgewinkt werden. Heute werden wir wahrscheinlich eine Ewigkeit über das kleine Fahrzeug sprechen und es wird sicher nicht billiger werden durch das, sondern nur teurer.

Lehmann Sandra, GLP: Für die Fraktion EVP/GLP ist die Beschaffung von einem Personentransport grundsätzlich unbestritten. Die Finanzkraft von unserer Gemeinde lässt aber nicht zu, dass alles wünschbare angeschafft wird. Wir müssen uns auf das notwendigste und machbare konzentrieren. Wir sind deshalb irritiert, dass bei einer Anschaffung eines Personentransportfahrzeuges derart hohe Kriterien angesetzt werden, dass praktisch nur eine Fahrzeugart in Frage kommt. Wir waren auch sehr irritiert, dass der Gemeinderat auch keine Vorgaben gemacht hat und dass er das Einholen der Offerten nicht koordiniert und überwacht hat. Wir haben in der Fraktionssitzung eingehend darüber diskutiert, ob eine Rückweisung in diesem Geschäft Sinn macht. Es ist unbestritten, dass ein Fahrzeug angeschafft werden muss.

Wir fragen uns, ob der Gemeinderat sich einsichtig dahingehend zeigt, dass das Geschäft hätte besser geführt werden sollen. Ich möchte an dieser Stelle Ruedi Donat für seine offenen Worte von vorhin danken.

Weiter fragen wir uns, ob wir unter diesen Voraussetzungen mit der Vorlage von einer preisgünstigeren Offerte und einem Fahrzeug rechnen können. In unserer Fraktion geht die Meinung auseinander. Einige möchten dem Gemeinderat die Gelegenheit geben, das Geschäft nochmals zu überarbeiten und unterstützen deshalb den Rückweisungsantrag der GPK.

<u>Burkard Thomas, Grüne:</u> Die Fraktion der Grünen Wohlen lehnt den Rückweisungsantrag der GPK mehrheitlich ab und plädiert für Eintreten auf dieses Geschäft.

Wir fragen uns, was wir gewinnen würden mit einer Rückweisung. Vielleicht ein bisschen mehr Transparenz, substanziell aber wenig bis nichts. Wir verlieren aber Zeit und generieren neue Verwaltungskosten. Wir bezweifeln sehr, ob Einsparungen bei der Beschaffung des Fahrzeugs selber gemacht werden können. Wir plädieren auch dafür, dass den Fachleuten der Feuerwehrkommission mehr Vertrauen geschenkt wird. Für etwas haben wir schliesslich diese Kommission. Dieses Geschäft finden wir mehrheitlich, mit 1 Enthaltung, als seriös erarbeitet.

Stäger Urs, SVP: Stefan Suter, wir bezweifeln nicht, dass die Feuerwehr Wohlen gute Arbeit leistet. Im Gegenteil wir wissen, dass Sie gute Arbeit leistet. Nur ist die ganze Vorlage wirklich unglücklich. Es zeugt schon von einem gesunden Selbstvertrauen, wenn man von der gemeinderätlichen Seite her uns unterstellt, die GPK habe eigene Offerten eingeholt. Das ist schlichtergreifend nicht war. Es gibt Mitglieder der GPK, welche sich erlaubt haben, bei den Garagen nachzufragen, ob sie eingeladen worden sind. Zwei haben dies bestätigt und haben diese Offerten der GPK zur Verfügung gestellt. Eine dritte Garage hat einen Kaufvertrag vorgelegt von der Feuerwehr Muri/Boswil, die einen Ford mit 14 Plätzen gekauft hat. Das Fahrzeug war deutlich günstiger. Wir haben einfach den Eindruck, dass man die Kriterien für das Fahrzeug so hoch ansetzt, dass nur noch eine Marke in Frage kommt. Dies erachten wir als unseriös. Auch das im Bericht und Antrag zwei Firmen aufgeführt werden, welche gar keine Fahrzeuge liefern können. Es ist einfach ein Witz. Darum bitte ich Sie, den Rückweisungsantrag der GPK zu unterstützen.

<u>Wille Franz, GPK:</u> Keines der Mitglieder der GPK hat etwas gegen die Feuerwehr. Die Feuerwehr ist tüchtig und erfüllt eine wertvolle und notwendige Aufgabe. Wir sind dankbar für die tägliche Arbeit und Bereitschaft. Die Feuerwehr verdient unsere volle Anerkennung und Unterstützung. Unbestritten ist auch, dass die Feuerwehr ein Personentransportfahrzeug benötigt.

Die GPK ist einstimmig für die Rückweisung der Vorlage. Für uns war nicht der Preis des Fahrzeuges in erster Linie ausschlaggebend. Würde das Preis/Leistungsverhältnis stimmen, hätte die GPK der Beschaffung zugestimmt.

Aber genau das wissen wir nicht. Und weil wir eine Geschäftsprüfungskommission und nicht eine Geschäftsabnickungskommission sind, ist die Rückweisung eine logische Folge von diesem einigermassen verunglückten Vorgehen und des nicht überzeugenden Antrages. Ich nenne einen von zwei Punkten, welche eine Rückweisung rechtfertigt.

 Für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen gilt das Submissionsdekret. Aufträge unter CHF 100'000.00 können im freihändigen Verfahren vergeben werden. Gemäss Bericht und Antrag handelt es sich entweder um ein Einladungsverfahren, weil steht, dass drei Garagen eingeladen worden seien, oder um ein freihändiges Verfahren gemäss §8 Abs. 4. Ich zitiere:

"In den Fällen von Absatz 3 (freihändige Vergabe) kann die Vergabestelle eine Wettbewerbssituation dadurch schaffen, dass sie ohne öffentliche Ausschreibung verschiedene Anbietende nach ihrer Wahl zur Einreichung eines Angebotes einlädt."

Im Submissionsverfahren gleich welcher Art gibt es Vorschriften bezüglich Vorgehen, Ausschreibungsunterlagen, Zuschlagskriterien, Schriftlichkeit, Fristen, Offertöffnung und Protokollierung, Entscheid, Benachrichtigung der Nichtberücksichtigten, Einsichtnahme und Auskunftspflicht. In der Aktenauflage sind andere Offerten und ihre Prüfung nicht zu finden. Die Vergabestelle, bei welcher Offerten eingereicht und geöffnet werden müssen, ist übrigens der Gemeinderat, nicht eine Arbeitsgruppe und nicht einzelne Personen der Feuerwehr. Was vorliegt ist ein Verfahrensmischmasch, ein Nichteinhalten des Submissionsdekretes und ein Nichtoffenlegen der Akten gegenüber dem Einwohnerrat.

Die GPK hat weiter keine eigenen Offerten eingeholt sondern diese erhalten. Sie sind vergleichbar. Und mindestens diese, welche für den Bericht und Antrag eingeholt wurden, müssten darin erwähnt werden.

Es ist mir ein Anliegen, dass der Gemeinderat daraus eine Lehre zieht und sich in Zukunft konsequent an die gesetzlichen Vorschriften hält und entsprechend mit den öffentlichen Geldern umgeht. Wenn dies erfüllt ist, werden wir dem Antrag auch zustimmen.

<u>Donat Ruedi, Gemeinderat:</u> Ich möchte die Präsidentin Marlis Spörri darauf hinweisen, dass wir hier nicht mehr nur über den Rückweisungsantrag diskutieren, sondern bereits zur Detailbehandlung dieses Geschäfts gekommen sind.

Es sind seitens des Gemeinderates Fehler gemacht worden. Nachträglich würde ich es anders handhaben. Alle sagen, dass sie die Feuerwehr unterstützen möchten und unbestritten für die Feuerwehr einstehen. Bitte machen Sie das jetzt auch, auch wenn Sie der Ansicht sind, dass der Gemeinderat ein falsches Vorgehen gewählt hat. Die Feuerwehr Wohlen muss das Fahrzeug jetzt beschaffen können.

Am 9. April 2013 müsste das alte Fahrzeug vorgeführt werden. Es wurde beim Strassenverkehrsamt bereits ein Antrag um Verlängerung dieser Frist beantragt. Bis zu diesem Datum hin, kann mit dem alten Fahrzeug noch gefahren werden, danach muss es ausser Verkehr gesetzt werden. Wenn Sie jetzt das Geschäft zurückweisen, dann verlieren wir ein bis zwei Monate. Für diese Übergangszeit ist kein Ersatz gewährleistet und die Feuerwehrleute können bei einem allfälligen Einsatz nicht an den Brandort transportiert werden.

Ich möchte noch zur Fahrzeugbeschaffung der Feuerwehr Muri eine ergänzende Bemerkung anbringen. Das Fahrzeug hat CHF 80'693.00 gekostet, hat 140 PS und es hat 14 Plätze. Es sind diesbezüglich falsche Beträge, wie CHF 75'000.00, diskutiert worden. Das ge-

nannte Fahrzeug ist somit kaum günstiger als das von uns beantragte. Es handelt sich um ein manuell geschaltetes Fahrzeug.

Die Feuerwehr Wohlen hat vor einigen Jahren aus Sicherheitsgründen den Grundsatz beschlossen, wenn möglich Fahrzeuge mit Automatikgetriebe anzuschaffen. Dieser Grundsatz wurde in bei den vergangenen drei Anschaffungen immer eingehalten. Das Kommandofahrzeug, das Pikettfahrzeug und das Universallöschfahrzeug sind alle mit diesen Getrieben ausgerüstet. Dieser Sicherheitsaspekt ist sehr wichtig, insbesondere da es sich bei der Feuerwehr Wohlen um eine Miliztruppe handelt.

<u>Suter Stephan, SP:</u> Ich kann nicht nachvollziehen, dass die GPK, der Gemeinderat und die Einwohnerratspräsidentin ein Geschäft, welches einstimmig abgelehnt wird, dennoch für die Einwohnerratssitzung traktandiert. Die Folge davon ist, dass im Rat nur darüber gestritten wird. Der Gemeinderat hätte das Geschäft zur Nachbearbeitung und Ergänzung besser zurückgezogen. So hätte viel Zeit eingespart werden können. Einer guten Vorlage hätten wir auch mit gutem Gewissen zusagen können.

<u>Spörri Marlis, Präsidentin:</u> Mir war der Beschluss der GPK-Sitzung, bezüglich diesem Geschäft, erst nach der Erstellung der Traktandenliste bekannt.

<u>Keller Anna, Präsidentin GPK:</u> Da ich aufgrund eines privaten Anlasses bei diesem Geschäft nicht mehr an der Sitzung anwesend war, möchte ich das Wort an meinen Stellvertreter Franz Wille übergeben.

Wille Franz, GPK: Die GPK kann dies nicht direkt beeinflussen. Die Einladung zur Einwohnerratssitzung wird vom Präsidium des Einwohnerrates, in Absprache mit dem Gemeinderat, erstellt. Auf dieser Traktandenliste basieren dann die zu behandelnden Geschäfte der Geschäftsprüfungskommissionssitzung. Die Zuständigkeit bei Finanzgeschäften liegt bei der Finanzkommission. Die GPK behandelt die Geschäfte an ihrer Sitzung, diskutiert und beschliesst darüber. Das Protokoll der Sitzung wird danach dem Ratspräsidium sowie dem Gemeinderat zugestellt. Der Gemeinderat könnte aufgrund eines negativen Beschlusses der GPK einen Rückzug eines Geschäftes in Erwägung ziehen. Die GPK kann jedoch nicht beschliessen, dass ein Geschäft von der Traktandenliste genommen werden muss.

<u>Spörri Marlis, Präsidentin:</u> Ein Rückzug eines Geschäfts kam auch schon vor. Ich bitte dazu die ehemalige GPK-Präsidentin um eine Stellungnahme.

Gregor Ariane, CVP: Unter meiner Ägide als GPK-Präsidentin wurde der Termin der GPK-Sitzung so angesetzt, dass am nächsten Tag, bevor die Traktandenliste versendet worden ist, ein Geschäft wieder von der Liste genommen werden konnte. Am Donnerstag fand normalerweise die GPK-Sitzung statt und am Freitag wurde die Traktandenliste unterschrieben. Somit war es möglich ein Geschäft, welches aus zeitlichen Gründen nicht behandelt werden konnte oder von der GPK abgelehnt wurde, wieder von der Traktandenliste zu entfernen. Dies wurde dann entsprechen weitergeleitet. Dieser Fall gab es während meiner Amtszeit einmal. Es ist somit möglich, dass die GPK Einfluss auf die Traktandenliste des Einwohnerrates nimmt.

<u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Ich war 10 Jahre Mitglied des Einwohnerrates, 8 Jahre Mitglied in der Geschäftsprüfungskommission und davon amtete ich 4 Jahre als Präsident.

Als vorberatende Kommission stellt die GPK Anträge zu Geschäften und gibt Empfehlungen ab. Danach ist es Sache vom Einwohnerrat zu entscheiden, ob er dem Rat der GPK folgen möchte oder nicht. Ansonsten würde es irgendwann dazu führen, dass das vorberatende Gremium die Traktandenliste um einiges kürzen würde. Dies geht natürlich nicht.

Der Gemeinderat hat bezüglich dieses Geschäftes einen Rückzug diskutiert und wir sind zum Entschluss gekommen, dass das Geschäft traktandiert bleiben soll. Der Grund dafür war, ein psychologischer Aspekt. Würde der Gemeinderat jedes Mal ein Geschäft zurückziehen, wenn die GPK damit nicht einverstanden ist, würde dies zu einer grossen Unordnung führen.

Einige Einwohnerratsmitglieder sind nun für das Geschäft, einige sind dagegen. Es ist jetzt Ihre Entscheidung, ob Sie das Geschäft als gut oder schlecht erachten.

<u>Degischer Oliver, parteilos:</u> Die Feuerwehr sind Emotionen. Bedauerlicherweise sind die Emotionen bei dem Geschäft im negativen Sinne hervorgetreten. Wir diskutieren hier über den Rückweisungsantrag und nicht über das Geschäft an sich. Ich finde es schlecht, wenn man nicht über die Sache diskutiert sondern über die Form.

Wir haben zwei Standpunkte. Einerseits ist die Meinung der GPK klar, dass der Bericht und Antrag Mängel aufweist und andererseits braucht die Feuerwehr ein neues Fahrzeug.

Als aktiver Feuerwehrmann habe ich im Vorfeld intensiv mit dem Kommando über die Beschaffung und den aufgestellten Kriterienkatalog diskutiert. Dies hat mir folgendes aufgezeigt:

- Das Fahrzeug wurde seriös evaluiert, ist zweckmässig, 100-fach als Einsatzfahrzeug im Einsatz und trotz Stern kein Luxus, da es 20 Jahre im Einsatz stehen muss.
- Die Notwendigkeit der Diskussion hat aber auch aufgezeigt, dass die Dokumentation Lücken aufweist, welche Dritten nicht schlüssig die Entscheidung nachvollziehen lässt.
- Die Rückweisung würde mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit kein anderes Fahrzeug/Lieferant zu Tage bringen, sondern Lücken schliessen.

Als Einwohnerrat muss ich die einstimmige GPK-Meinung ernst nehmen. Die Lücken in der Dokumentation sind offensichtlich. Als Feuerwehrmann bin ich überzeugt, dass das Fahrzeug sauber evaluiert wurde und ich auch zustimmen könnte. Als Einwohnerrat habe ich allerdings die Verpflichtung, die Qualität der Bericht und Anträge hoch zu halten. Daher, und auf Grund meiner Befangenheit, werde ich mich zum Rückweisungsantrag der GPK enthalten.

Abstimmung Rückweisungsantrag

Der Antrag der GPK

Der Bericht und Antrag 12116 sei zurückzuweisen.

wird mit 18 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Stäger Urs, GPK: Ich darf Ihnen die Meinung der GPK zum Bericht und Antrag 12118 betreffend Stellenausbau beim Betreibungsamt kundtun. Ein Betreibungsamt ist eine wichtige Stütze der Wirtschaft aber auch für die Gemeinde, vor allem auch, wenn es um das Eintreiben der Steuern, aber auch z.B. Krankenkassenprämien geht. Unser Betreibungsamt sieht sich leider mit immer mehr Arbeit konfrontiert, alleine im letzten Jahr um 11.6%, der Gebührenertrag gar um 19.9%. Mittlerweile ist das Betreibungsamt Wohlen mit 12 Mitarbeitenden das grösste Betreibungsamt im Kanton. Finanziert wird das Betreibungsamt vollumfänglich über die Gebühren und es wirft Jahr für Jahr einen ansehnlichen Betrag in die Gemeindekasse ab. Obschon ein weiterer Arbeitsplatz geschaffen wird, reichen die Büroräumlichkeiten aus und es entstehen keine weiteren Kosten diesbezüglich. Das Betreibungsamt Wohlen, das auch für Hägglingen und Niederwil zuständig ist, beantragt deshalb eine Stellenerhöhung um 100%. Die GPK stimmt dem Bericht und Antrag 12118 einstimmig zu. Die GPK empfiehlt dem Rat die Vorlage anzunehmen.

Fraktionsmeinungen

<u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit verweise ich auf den Bericht und Antrag und auf das Votum des Sprechers der GPK.

Am 28. Februar 2013 haben wir vom Leiter des Betreibungsinspektorat ein Schreiben erhalten, welches den Bericht über die Jahresinspektion am 16. August 2012 beinhaltete. Das Betreibungsamt erhält darin eine sehr gute Beurteilung. Bedauerlicherweise ist festzuhalten, dass es ein Bereich ist, der ständig wächst und die Fälle zunehmen.

Alle, welche geschäftsmässig in irgendeiner Form tätig sind wissen, dass das Betreibungsamt ein Bestandteil von einem funktionierenden Rechtsstates ist. Nur so können Zahlungen von säumigen Schuldnern eingetrieben werden. Der Gemeinderat bittet Sie, dem Antrat zuzustimmen.

Breitschmied Tobias, SVP: Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon hat den vorliegenden Bericht und Antrag geprüft und nimmt dazu Stellung. Es ist uns bewusst, dass die starke Zunahme der Betreibungen in den letzten Jahren zu einer erhöhten Belastung des Betreibungsamtes geführt hat. Ein Grund dafür ist sicherlich auch die schlechte Konjunkturlage. Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon unterstützt mit einer Mehrheit grundsätzlich beide Anträge. Wir sehen, dass das Ergebnis dieser Abteilung positiv ist und dass im Vergleich zum Vorjahr der Mehrertrag des Betreibungsamtes gesteigert werden konnte. Durch die höheren Stellenprozente erhoffen wir uns auch eine vermehrte Durchführung von Versteigerungen, was sich erneut positiv auf die Gemeinderechnung auswirken wird.

Abschliessend hatten wir noch folgende Fragestellungen, welche zum Teil vom Betreibungsbeamter Werner Lüpold beantwortet wurden.

- 1. Was passiert, wenn die Wirtschaft wieder besser läuft und weniger Betreibungen anfallen? Ist dann die Gemeinde Wohlen auch bereit einen Pensenabbau durchzuführen?
- Auffallender Weise sind die Betreibungen der Gemeinde Hägglingen überproportional zu den anderen Gemeinden angestiegen. Wir fragen uns was der Grund dafür ist.
 - Hier gab Werner Lüpold an, dass dies mehrheitlich auf einen Schuldner zurückzuführen ist, welcher viele Betreibungen erhalten hat.

- 3. Vergleichen wir die Zahlen des Geschäftsbericht des Jahres 2011 auf Seite 9, ist unter der Gesamtzahl der eingegangenen Begehren die Anzahl 10'276 aufgeführt. Im Vergleich dazu steht im Bericht und Antrag 12'327. Bei den vergebenen Betreibungsnummern steht im Geschäftsbericht vom Vorjahr 6'106 und im Gegensatz zum Bericht und Antrag mit 7'345. Bei den vollzogenen Pfändungen steht im Geschäftsbericht 2011 die Anzahl 3'204, im Bericht und Antrag ist die Rede von 3'741. Wir fragen uns welche Kennzahlen nun stimmen.
 - Hier gab Werner Lüpold an, dass die Zahlen aus dem Geschäftsbericht nur die Werte von der Gemeinde Wohlen sind und hier die Betreibungsämter Niederwil und Hägglingen nicht berücksichtigt sind. Hingegen sind die Erträge und Kosten der laufenden Rechnung von allen drei Gemeinden.

Es ist hier Äpfel mit Äpfeln zu vergleichen und nicht Äpfel mit Birnen. Meine Anmerkung dazu für den kommenden Geschäftsbericht ist, dass auch die statistischen Werte berücksichtigt werden und entsprechend angepasst werden in der laufenden Rechnung.

<u>Wüthrich Beat, Grüne:</u> Unsere Fraktion ist einstimmig für die zwei Anträge zum Stellenausbau. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. Auch die Reduzierung der Arbeitsbelastung vom Personal erscheint uns als dringend. Das Betreibungsamt ist wichtig für das Wohler Gewerbe und für die Gemeinde. Weil der Stellenausbau ohne zusätzliche Kosten möglich ist, gibt es keinen Grund dagegen zu sein.

Meier Cyrille, SP: Natürlich ist es tragisch, dass so viele Betreibungen verzeichnet werden und es werden jedes Jahr noch mehr. Aber gleichwohl unterstützen wir die beiden Anträge, da die Arbeit mit den bisherigen Stellenpensen nicht mehr machbar ist. Wie vom Betreibungsinspektorat errechnet, müssen schon jetzt 100 Stellenprozent 30% mehr Betreibungen bearbeiten. Anstelle von 1000 Fällen sind es fast deren 1300. Wie wir schon gelesen haben im Bericht, ist die Aufstockung kostendeckend, weil durch die Aufstockung auch Mehreinnahmen durch Betreibungen generiert werden. Schlussendich muss auch kein neuer Arbeitsplatz eingerichtet werden. Es spricht nichts gegen die beiden Anträge.

<u>Geissmann Armin, FDP:</u> Der Anstieg der Betreibungen im Kanton Aargau von 4.3%, gegenüber dem Vorjahr, muss leider zur Kenntnis genommen werden. Es ist eine hohe Zunahme und es ist schade, dass es so ist. Damit das Personal ihre Aufgaben weiterhin wahrnehmen kann, müssen wir dem Bericht und Antrag zustimmen. Aufgrund unseren Überlegungen sowie der Empfehlung der GPK können wir dem Antrag ganz klar zustimmen.

<u>Sax Simon, EVP/GPL:</u> Wir stimmen den beiden Anträgen einstimmig zu. Wir sehen die Notwendigkeit der Stellenerhöhung, aufgrund der gestiegenen Anzahl der Betreibungen. Es ist leider keine Auszeichnung für Wohlen, wenn wir das grösste Betreibungsamt des Kantons sind. Es scheint aber eine Tatsache zu sein, welche es zu akzeptieren gilt. Wir danken dem Betreibungsamt für die tägliche Arbeit und wünschen weiterhin gutes Gelingen bei den Betreibungshandlungen.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Bewilligung von zusätzlich 100 Stellenprozent beim Betreibungsamt Wohlen per 1. Juni 2013. wird mit 34 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen zugestimmt.

Dem gemeinderätlichen Antrag

Bewilligung zur Überführung von 20 Stellenprozent (bisher Stundenlohn) in den Stellenplan beim Betreibungsamt Wohlen per 1. Juni 2013.

wird mit 34 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen zugestimmt.

Bericht und Antrag 12117 Genehmigung des Kaufvertrages zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und Harry und Asta Loidl-Klingenspohr, Sarmenstorf AG, betreffend Parzelle Nr. 4940 mit einer Fläche von 650 m² am Gewerbering zum Preis von CHF 350.00/m², total CHF 227′500.00

Manimanakis Corinne, GPK: Ein weiteres Stück Land im Gewerbering soll verkauft werden. Es sind 650 m² und der m² beträgt CHF 350.00. Dies wird der Gemeinde insgesamt CHF 227′500.00 einbringen. In der GPK gab es keine grosse Diskussion zu diesem Geschäft. Das Käufer-Ehepaar Loidl-Klingenspohr sind mit ihrer Wellnessmanufaktur bereits ganz in der Nähe, neben dem Casinogebäude, in Wohlen tätig. Das Ehepaar möchte mit dem geplanten Neubau ihren Betrieb erweitern. Es ist geplant Wellness, Kosmetik und Physiotherapie im Gewerbering anzubieten. Im Obergeschoss ist zudem eine Wohnung geplant. Die GPK ist der Ansicht, dass gerade so ein Gewerbe neben der bestehenden Siedlung Drosselweg ideal ist, da der Bereich keine Lärmemissionen und nur ein geringes Verkehrsaufkommen verursacht.

Vielleicht ist es aufgefallen, dass eine neue Parzellierung vorgenommen wurde. Der Landstrich ist in drei Parzellen aufgeteilt worden. Zurzeit steht noch eine Parzelle zum Verkauf, für welche bereits Kaufinteressenten vorhanden sind. Die GPK stimmt dem Bericht und Antrag 12117 einstimmig zu.

<u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Die Gemeinde hat seiner Zeit das Land von der Erbengemeinschaft Hans Koch-Lang erworben, um so eine aktive Landpolitik zu betreiben. Bis zum ersten Verkauf dauerte es jedoch etwas länger und so hiess der Einwohnerrat im Mai des vergangenen Jahres das erste Landverkaufsgeschäft für CHF 310.00/m² gut. Der Gemeinderat ist nicht stehen geblieben und hat den Markt aufmerksam verfolgt. Der Landpreis ist gestiegen und so konnte beim vorliegenden Geschäft mit CHF 350.00/m² ein höherer Preis erzielt werden, was sich wiederum für die Gemeindekasse positiv auswirkt. Dem Gemeinderat war es zudem wichtig, dass das Gewerbe auch in die Zone passt. Ein weiterer Vorteil ist, dass die Eigentümer bei ihrem Geschäft wohnen können. Wir bitten Sie, die Vorlage gut zu heissen.

Fraktionsmeinungen

Angst Daniel, FDP/Dorfteil Anglikon: Das Geschäft ist gut vorbereitet worden im Gegensatz zu den anderen vorher. Wir werden den Antrag einstimmig unterstützen.

<u>Wüthrich Beat, Grüne</u>: Unsere Fraktion stimmt dem Geschäft mehrheitlich zu. Für das Geschäft spricht, dass es der Strategie des Gemeinderates entspricht, das einheimische Gewerbe zu unterstützen. Weiter passt das Projekt in die Zone für Wohnen und Gewerbe. Bedenken haben wir hinsichtlich der schlechten Ausnützung des Bodens, in Bezug auf Wohnfläche und Arbeitsplätze. Am Drosselweg, gerade nebenan, stehen auf einer ähnlich grossen Parzelle fünf Wohneinheiten. Da sollte es nur eine Wohnung geben und ein paar Arbeitsplätze. Auch in Wohlen hat das Volk der Landschaftsschutzinitiative deutlich zu gestimmt und erwartet einen haushälterischen Umgang mit dem Boden. Bei zukünftigen Landverkäufen sollte darauf vermehrt geachtet werden.

<u>Meier Cyrille, SP</u>: Auch wir von der Fraktion SP Wohlen sind einstimmig für den Kaufvertrag. Wir erachten den Landpreis als fair und unterstützen, dass ein ortsansässiges Gewerbe in Wohlen bleiben möchte. Aber auch wir von der SP möchten den Gemeinderat darauf hinweisen, dass unser Ziel eigentlich verdichtetes Bauen sein sollte. Das knappe Bauland sollte besser ausgenutzt werden.

<u>Hafen Dieter, CVP:</u> Auch die Fraktion CVP stimmt dem Geschäft einstimmig zu. Ich hoffe, dass wir die Bewohner der jetzigen Parzelle nicht antreffen am 1. Juli-Wochenende beim Fröscheteich.

Lanz Christian, SVP: Es macht Freude zur Kenntnis zu nehmen, dass in Wohlen ein Unternehmen expandieren kann. Es macht Freude, dass der Gemeinderat den Kaufpreis vom Grundstück den Marktpreisen angepasst hat. Es macht Freude, dass der Gemeinderat den Grundsätzen Standortmarketing nachlebt, obschon das Konzept noch nicht vorliegt. Es macht Freude, dass für dieses Geschäft ein weiterer Notar berücksichtigt wurde. Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon stimmt dieser Vorlage zu.

Brunner Edwin, SVP: Es ist eigentlich alles gesagt worden. Lob ist ausgesprochen worden und auch die Berücksichtigung eines anderen Notars wurde erwähnt.

Ich muss heute Schmunzeln. Praktisch an jeder Einwohnerratssitzung hält Corinne Manimanakis eine Wortmeldung nach der meinigen. Und jedes Mal erwähnt sie, dass es kein Wunder ist, dass ich keine andere Meinung habe. Doch heute ist es anders, denn wir sind den ganzen Abend schon der gleichen Meinung.

<u>Stäger Urs, SVP:</u> Ich kann die Grünen und die Roten beruhigen. Das betreffende Areal ist eigentlich vorgesehen für verdichtetes Bauen. Es wird jetzt gebaut und wenn zu einem späteren Zeitpunkt eine Erweiterung gewünscht wird, dann haben Sie die Möglichkeit dazu.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung des Kaufvertrages zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und Harry und Asta Loidl-Klingenspohr, Sarmenstorf AG, betreffend Parzelle Nr. 4940 mit einer Fläche von 650 m^2 am Gewerbering zum Preis von CHF 350.00 / m^2 , total CHF 227′500.00.

wird mit 35 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme zugestimmt.

Spörri Marlis, Präsidentin:

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Ich danke für die Zusammenarbeit. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 29. April 2013 statt.

Die Präsidentin schliesst die Sitzung.

Für das Protokoll

Marlis Spörri, Präsidentin

Michelle Steinauer, Gemeindeschreiber-Stv.